



Foto Lupine: Pixabay/Paolino  
Foto Kalb: Pixabay/Ms Napaphat

# tierrechte

- Ausstiegsszenarien: Die Transformation hat begonnen
- Ausbildung: Orientierungshilfe für ein tierleidfreies Studium
- Halbzeitbilanz: Keine Wende für die Tiere
- EU-Tierschutzpolitik: Agrarlobby vereitelt Tierschutz-Reform

<b>Tierhaltung: Der Ausstieg ist gebahnt</b> .....	<b>4</b>
<p>Ähnlich wie beim Ausstieg aus dem Tierversuch klingt die Forderung nach einem Ausstieg aus der Tierhaltung wie eine ferne Utopie. Doch ist sie das wirklich? Immer mehr Menschen greifen zu pflanzlichen Alternativen. Der Markt für pflanzliche Rohstoffe wächst. Landwirt:innen werden beim Ausstieg beraten und das EU-Parlament fordert einen Aktionsplan für mehr pflanzliche Lebensmittel. Was fehlt, sind die politischen Maßnahmen.</p>	
<b>Tierversuche: Zeichen für einen Wandel</b> .....	<b>7</b>
<p>Seit Jahrzehnten kämpfen Tierschützer:innen für einen Ausstieg aus dem Tierversuch. Anfangs noch als Traumtänzer:nen verlacht, hat sich bedingt durch den wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt der Ausstieg zu einer ernstzunehmenden Zielsetzung entwickelt. Dafür sind zwar noch viele Hürden zu überwinden, dennoch standen die Zeichen für ein Auslaufen von Tierversuchen noch nie so günstig wie derzeit.</p>	
<b>Ausbildung: Orientierungshilfe für ein tierleidfreies Studium</b> .....	<b>9</b>
<p>Der Bundesverband hat kürzlich den SATIS-Hochschul-Wegweiser für ein Studium ohne Tiereinsatz veröffentlicht. Das umfangreiche Nachschlagewerk informiert Studierende, an welcher Uni sie tierleidfrei studieren können. Kursleiter:innen zeigt der Wegweiser, dass Studierende die Lernziele auch erreichen können, ohne dass Tiere dafür leiden oder sterben müssen. Der Vergleich mit der letzten Umfrage vor elf Jahren zeigt einen positiven Trend: In der Human- und Veterinärmedizin setzen sich zunehmend tierleidfreie Lehrmethoden durch.</p>	
<b>Halbzeitbilanz: Keine Wende für die Tiere</b> .....	<b>12</b>
<p>Die Tierschutzbilanz nach zwei Jahren Ampelregierung ist – trotz vollmundiger Ankündigungen und großer Erwartungen – bisher ohne nennenswerte Effekte für die leidenden Tiere. Noch ist Zeit, doch dafür müssen sich die Ampelparteien zusammenraufen und die Reformen entschieden angehen.</p>	
<b>EU-Tierschutzpolitik: Agrarlobby vereitelt Tierschutz-Reform</b> .....	<b>14</b>
<b>Gefährdet und ausgebeutet: Der Pfeilschwanzkrebs</b> .....	<b>16</b>
<b>Tierversuchsfrei: Wir brauchen neue Ansätze!</b> .....	<b>17</b>
<b>Meeresschutz mit Messer und Gabel</b> .....	<b>18</b>
<b>Ukraine: Tiere brauchen weiterhin Hilfe</b> .....	<b>20</b>
<b>Gemeinsam gegen die Trophäenjagd</b> .....	<b>20</b>
<b>Skandal-Schlachthof: Kontrollmechanismen versagen</b> .....	<b>20</b>
<b>Unverhältnismäßig: Wolfs-Abschuss soll erleichtert werden</b> .....	<b>20</b>
<b>Lese-Tipp: Magrits Kolumne</b> .....	<b>21</b>
<b>Pelztierhaltung: 20 EU-Länder leiten Ausstieg ein</b> .....	<b>21</b>
<b>Einladung zur Jahreshauptversammlung 2024</b> .....	<b>21</b>
<b>Vogelgrippe befeuert Artensterben</b> .....	<b>21</b>
<b>Aktiv gegen Tiertransporte</b> .....	<b>21</b>
<b>Stadttauben: Anzeige erstattet</b> .....	<b>21</b>

## Rubriken

Impressum .....	2
Editorial .....	3
Shop .....	22
Helfen .....	23
Kontakt .....	24



Foto Lupine: Pixabay/Paolino  
Foto Kalb: Pixabay/Ms Napaphat

## Impressum

**ISSN 1434-220**  
tierrechte wird herausgegeben von *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.* und erscheint drei- bis viermal jährlich. Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber/Verlag**  
*Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.*  
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich  
Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11  
info@tierrechte.de | www.tierrechte.de

**Redaktion**  
Christina Ledermann, V.i.S.d.P.  
Christiane Hohensee  
Claudia Gerlach  
Stefanie Schindler  
Carolin Spicher  
Steffanie Richter

**Gestaltung**  
Das Atelier | Alexa Binnewies  
www.dasatelier.de

**Druck**  
Bartels Druck GmbH, 21337 Lüneburg  
www.bartelsdruckt.de

**Papier**  
tierrechte wird auf 100% Recyclingpapier – ausgezeichnet mit dem Umweltengel – gedruckt

**Vorstand**

- Christina Ledermann, M.A.  
Vorsitzende und Pressereferentin  
Tel. 05840 – 29 00 025  
ledermann@tierrechte.de
- RA Judith Reinartz  
Stellvertretende Vorsitzende  
Tel. 02252 – 83 01 210  
reinartz@tierrechte.de
- Susanne Pfeuffer  
Stellvertretende Vorsitzende  
Tel. 0171– 88 80 597  
pfeuffer@tierrechte.de
- Dr. Ute Teichgräber  
teichgraeber@tierrechte.de

**Ehrenmitglied:**

- Dr. jur. Eisenhart von Loeper

Christina Ledermann  
Foto: privat



Mitglied bei

- ▶ Deutscher Naturschutzring
- ▶ Eurogroup for Animals
- ▶ Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)
- ▶ InterNICHE
- ▶ Bündnis für Tierschutzpolitik
- ▶ Klima Allianz
- ▶ Förderkreis Biozyklisch-Veganer Anbau e. V.
- ▶ Aktionsbündnis Fuchs
- ▶ Plant Europe
- ▶ Plant Based Treaty

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahresende verheißt keine Festtagsstimmung. Kriege, Inflation, steigende Zinsen und das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien lassen Tier-, Umwelt und Klimaschutz zur Nebensache werden. Die EU-Kommission verschiebt die versprochene Reform der EU-Tierschutzgesetze und das Rahmengesetz für nachhaltige Ernährungssysteme auf die nächste Amtszeit. Ob sie dann noch angepackt werden, ist ungewiss. Gleichzeitig warnt die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) in ihrem kürzlich veröffentlichten Ernährungs- und Landwirtschaftsreport eindringlich vor den immensen versteckten Kosten der weltweiten Agrar- und Ernährungssysteme.

In Deutschland sieht es nicht anders aus: Hier warten Tier- und Umweltschutzverbände seit Monaten auf die wichtigste tierschutzpolitische Maßnahme der Bundesregierung: die Novelle des Tierschutzgesetzes. Doch die ist seit Monaten in der Ressortabstimmung. Das lässt nichts Gutes erwarten. Ob es mit der Reform gelingt, endlich die Schlupflöcher und Gesetzeslücken zu schließen, die noch immer grausamste Tierquälereien legalisieren und wirtschaftliche Interessen über den Schutz der Tiere stellen, ist fraglich.

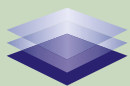
Doch es gibt auch Hoffnung. Denn es gibt Anzeichen dafür, dass die wichtigen Transformationen beginnen, obwohl es bisher an politischen Maßnahmen fehlt. Die Ausstiegszenarien aus Tierhaltung und Tierversuchen klingen zwar noch immer utopisch. Doch wenn wir uns – statt auf Katastrophen-Szenarien – auf die konkreten Veränderungen fokussieren, werden sie sichtbar: Eine wachsende Zahl von Menschen greift zu pflanzlichen Alternativen. Der Markt für pflanzliche Rohstoffe wächst so stark, dass die deutschen Erzeuger die Nachfrage nicht decken können. Landwirt:innen werden beim Ausstieg aus der Tierhaltung beraten und immer mehr Konferenzen, Bücher und Medien bahnen die gesellschaftliche Akzeptanz. Das EU-Parlament fordert einen Aktionsplan für mehr pflanzliche Lebensmittel und im September beantragte das erste deutsche Unternehmen die EU-Zertifizierung für eine zellkultivierte Fleischalternative. Ähnlich sieht es im Bereich Tierversuche aus: Bedingt durch den wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt ist der Ausstieg zu einer ernstzunehmenden Zielsetzung geworden. Selbst die Industrie drängt darauf.

Ich sage nicht, dass alles gut ist. Aber es gibt ganz viel, was dafürspricht, weiter für die Tiere und damit für den Erhalt unseres Planeten zu kämpfen. Wir machen uns bereit für die EU-Wahlen im nächsten Jahr. Dazu schmieden wir breitere Koalitionen. In diesem geeinten Vorgehen steckt viel Potential und damit auch Hoffnung für Veränderung.

Wir sind Ihnen unendlich dankbar, dass Sie unsere Arbeit durch Ihre Hilfe möglich machen. Bitte lassen Sie jetzt nicht nach. Wir brauchen ihre Unterstützung jetzt umso mehr. Vielen Dank!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schöne Feiertage und alles Gute für das nächste Jahr.

Herzliche Grüße Ihre  
Christina Ledermann



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

Menschen für Tierrechte beteiligt sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft.

Spenden-/Beitragskonto

Bundesverband der  
Tierversuchsgegner e. V.  
Sparkasse Aachen  
IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973  
BIC: AACSD33

Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V. ist als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse sind von der Erbschaftssteuer befreit.



## Agrar- und Ernährungswende

# Tierhaltung: Der Ausstieg ist gebahnt

*Ähnlich wie beim Ausstieg aus dem Tierversuch klingt die Forderung nach einem Ausstieg aus der Tierhaltung wie eine ferne Utopie. Doch ist sie das wirklich? Immer mehr Menschen greifen zu pflanzlichen Alternativen. Dadurch wächst der Markt für pflanzliche Rohstoffe. NGOs beraten beim Ausstieg und das EU-Parlament fordert einen Aktionsplan für mehr pflanzliche Lebensmittel. Medien, Konferenzen und Bücher bahnen die gesellschaftliche Akzeptanz. Was fehlt sind die politischen Maßnahmen.*

Am 21. September 2023 berichteten die Tagesthemen über den Landwirt Jürgen Rademacher aus Beverstedt bei Bremen. Der hatte es nach Jahrzehnten als Milchbauer satt, seine Kühe nach wenigen Jahren zu schlachten und die Kälber von den Müttern zu trennen. Deswegen stellte er die Milchwirtschaft im August auf einen Lebenshof um.

### **Buchweizen statt Kuhmilch**

Seine Kühe werden abgemolken. Ihren Lebensunterhalt finanziert er mit Patenschaften und Spenden. Außerdem hat Rademacher, der bereits im Rentenalter ist, auf eine vegane Ernährung umgestellt. In den Tagesthemen sagt er: „Um eine Kalorie tierische Lebensmittel zu erzeugen, brauchen wir etwa vier Kalorien aus pflanzlichen Lebensmitteln. Wenn wir dies beachten würden, wäre die Welternährung kein Problem mehr. Und da muss ich bei mir selbst anfangen“. Und das hat er: Außer der Ernährungsumstellung wird er auf den 50 Hektar, die er bewirtschaftet, Blühwiesen anlegen. Auf den restlichen Flächen will er Buchweizen, Lupinen, Öllein und Hafer anbauen.

### **Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

Jürgen Rademacher ist ein Musterbeispiel für die sogenannte „Transformationslandwirtschaft“, die die Begriffe „Transformation“ und „Farming“ vereint. Diesen Systemwechsel verfolgt der Bundesverband mit seiner Kampagne für eine Agrar- und Ernährungswende und mit seiner Webseite „Ausstieg aus der Tierhaltung“. Auf dieser informiert er Landwirt:innen über die vielen Zukunftschancen jenseits der Tierhaltung. Dies kann die Umstellung auf den Anbau von Hafer, Erbsen oder anderen Konsumleguminosen sein. Im Kommen sind auch spezielle Pilz- oder Algenkulturen, der Anbau von Nutzhanf oder die Direkt-Vermarktung von Gemüse oder Microgreens. Denkbar ist auch die Gründung eines Lebenshofes mit bezahlten

Foto Buchweizen: Pixabay/Efrainstocher  
Foto Kalb: Adobe Stock/Rokfeler



Wer keinen eigenen Garten hat, kann Mitglied in einer Solidarischen Landwirtschaft (SoLawi) werden oder einen Selbsterntegarten mieten.  
Foto: Adobe Stock/Halfpoint



Der Markt für protein- und kohlenhydratreiche Rohstoffe wächst.  
Foto: Adobe Stock/Alf Ribeiro

Führungen für Schulklassen und Tierpatenschaften, Ferienwohnungen oder der Ausbau der Agrophotovoltaik. Oder auch eine Kombination aus den verschiedenen Elementen – je nachdem, was für den Betrieb machbar ist.

### Beratung für Transformation

Entscheidend für eine erfolgreiche Umstellung ist eine kompetente persönliche Beratung. Die gibt es seit kurzem. Im August hat der Verein TransFARMation Deutschland seine Arbeit aufgenommen. Das fünfköpfige Team berät die Betriebe individuell und kostenlos bei der Transformation hin zu einer Landwirtschaft ohne Tiernutzung. TransFARMation arbeitet nach dem erfolgreichen Konzept der Schweiz. Dort gelang es innerhalb von vier Jahren über 130 Höfe umzustellen. Der Bundesverband begrüßt das neue Angebot, das er in Form eines ausführlichen Interviews mit Matthias Welzel von TransFARMation Deutschland auf seiner Webseite „Ausstieg aus der Tierhaltung“ vorstellt.

### NGOs übernehmen staatliche Aufgabe

Das kleine Team wird die riesige Transformation natürlich nicht allein bewältigen. Dies wäre eigentlich Aufgabe von Politik und Landwirtschaftsverbänden. Doch noch fehlen spezielle Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Anbauförderungen für Betriebe, die auf den Anbau von Hülsenfrüchten, Getreide oder Gemüse umstellen. Außerdem wären Übergangsförderungen für Betriebe nötig, die ihre Tierbestände abbauen. Noch werden diese Forderungen des Bundesverbandes nicht umgesetzt. Umso wichtiger ist es, dass Nichtregierungsorganisationen (NGOs) diese Beratung übernehmen und die Transformation mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, Konferenzen, Diskussionen und Büchern in die Gesellschaft und damit auch zu den politischen Entscheidungen bringen.

### Vielversprechend: EU-Eiweißstrategie

Obwohl politisch die Zeichen auf EU-Ebene nicht dafür sprechen, dass die EU das geplante Rahmengesetz für nachhaltige Ernährungssysteme (SFS Law) im nächsten Jahr umsetzen wird, macht eine Entschließung des EU-Parlaments vom 19. Oktober Hoffnung. Darin fordern die Abgeordneten die

Kommission auf, umgehend eine EU-Eiweißstrategie vorzulegen, die eine nachhaltige Erzeugung gewährleistet. Es geht dabei zwar hauptsächlich darum, die EU von Importen aus dem Ausland unabhängig zu machen. Bei den konkreten Forderungen fordern die Parlamentarier jedoch an zweiter Stelle einen „Aktionsplan für eine Steigerung der Erzeugung und des Verzehrs pflanzlicher Eiweiße“ in der EU.

### Proteinpflanzen als Lebensmittel

Anders als in der Vergangenheit, wo es im Zusammenhang mit Proteinpflanzen ausschließlich um Tierfutter ging, ist jetzt explizit von pflanzlichen Lebensmitteln die Rede. In den Erwägungsgründen heißt es, dass „ein verstärkter Anbau und ein vermehrter Verzehr von pflanzlichen Eiweißen den Übergang“ hin zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen voranbringe. Pflanzliche Eiweiße würden „ohnehin eine hohe und steigende Verbrauchernachfrage und -akzeptanz und technologische Reife aufweisen“. Um den Selbstversorgungsgrad zu steigern, sollen die Mitgliedstaaten deswegen Anreize für den Anbau von Proteinpflanzen schaffen, beispielsweise durch entsprechende Öko-Regelungen oder spezifische Förderprogramme.

### Höfesterben ist Realität

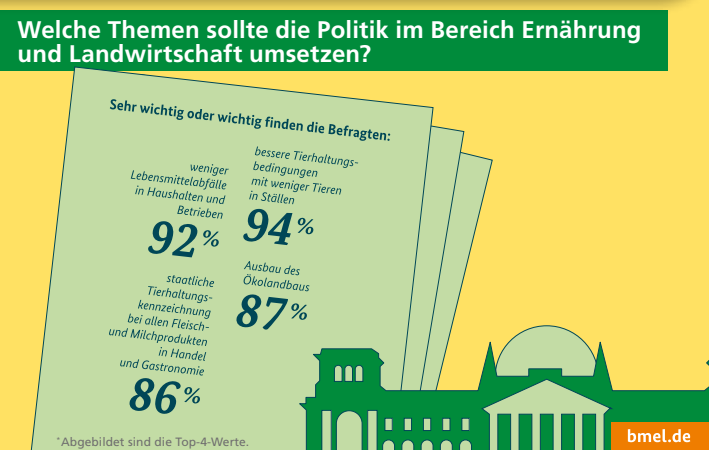
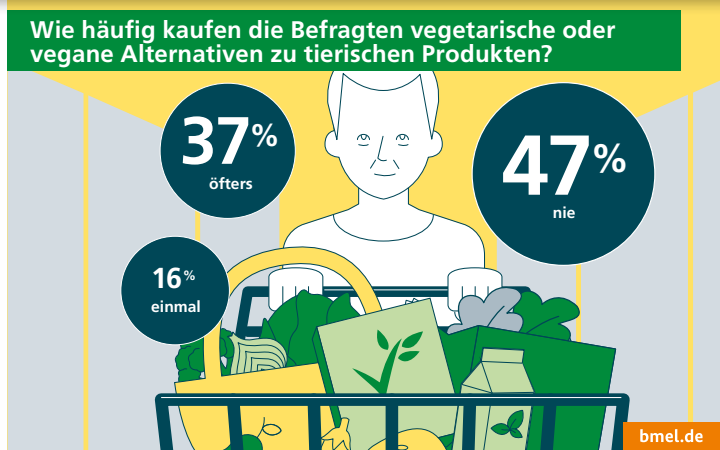
Wie notwendig eine Unterstützung durch die Politik ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Landwirtschaftsbetriebe. Die Ergebnisse der letzten Landwirtschaftszählung zeigen, dass das „Höfesterben“ Realität ist. Danach wirtschafteten 2022 in Deutschland rund 256.000 Betriebe. Zum Vergleich: Im Jahr 2009 waren es 360.000 und 1975 noch 905.000 Betriebe. Fast zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe sind auf Tierhaltung oder Futtermittelanbau spezialisiert. Aufgeben tun vor allem Milchbauern und Schweinemäster.

### Anbau kann Bedarf nicht decken

Dass der Ausstieg aus der Tierhaltung gerade jetzt eine Riesenchance sein kann, zeigt der Blick in einen x-beliebigen Supermarkt: Das Angebot an vegan-vegetarischen Produkten in Deutschland wächst stetig. Mit einem Umsatzplus von 42 Prozent seit 2020 ist Deutschland der mit Abstand größte Markt für pflanzenbasierte Lebensmittel in der EU. Zahlreiche junge Start-ups und etablierte Produktmarken sorgen







» für eine stetig wachsende Auswahl an Fleisch-, Milch-, Käse- und Fischalternativen. Dadurch wächst der Markt für protein- und kohlenhydratreiche Rohstoffe. Nach einer Recherche des Bundesverbandes bemühen sich die meisten Hersteller pflanzlicher Alternativen, ihre Rohstoffe möglichst regional und bio zu beziehen. Bisher kann dieser Bedarf durch den Anbau in Deutschland nicht gedeckt werden.

## Ernährungsreport: Immer mehr Alternativen

Bestätigt wird diese Entwicklung durch den im September veröffentlichten Ernährungsreport des Bundeslandwirtschaftsministeriums. Er zeigt deutlich, dass immer weniger Befragte täglich Fleisch- und Wurstwaren essen. Ihre Zahl hat sich von 34 Prozent im Jahr 2015 auf aktuell 20 Prozent reduziert. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil derer, die mindestens einmal täglich bewusst zu fleischfreien Produkten greifen von 5 auf 10 Prozent. Um eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sprachen sich 82 Prozent der Befragten für eine Verringerung des Fleischkonsums aus. Fast 60 Prozent sprachen sich für einen Verzicht auf Fleisch und den verstärkten Konsum pflanzlicher Ersatzprodukte aus. Auch der Tierschutz spielt bei der Entscheidung eine immer größere Rolle: Während im Jahr 2020 noch 48 Prozent antworteten, sie würden aus Tierschutzgründen kein Fleisch mehr kaufen, stieg deren Zahl im Jahr 2023 auf 63 Prozent.

## Laborfleisch: EU-Zertifizierung beantragt

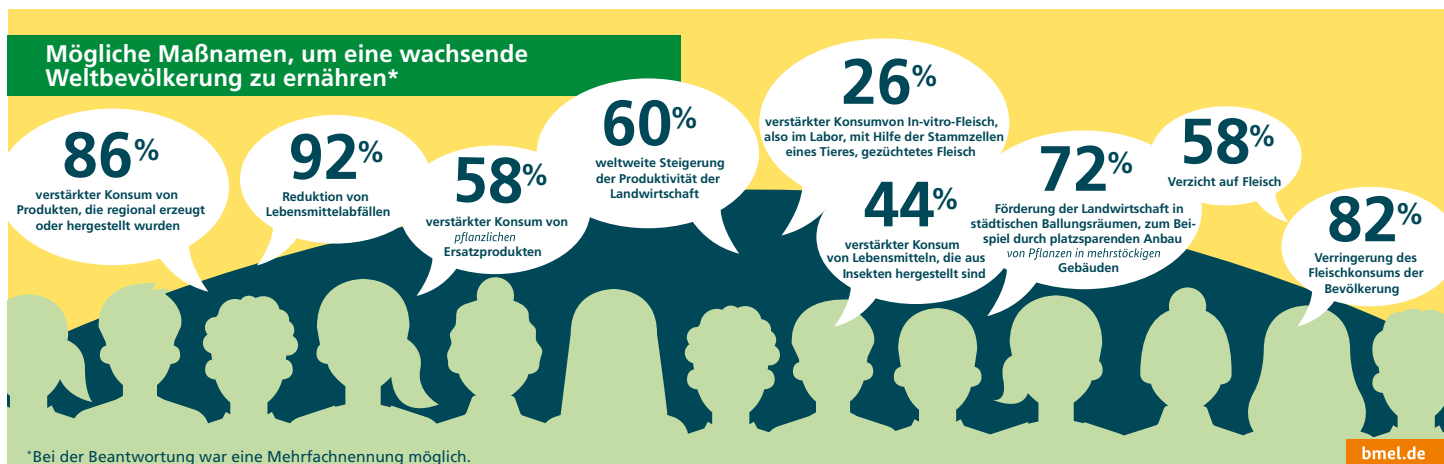
Neue Entwicklungen gibt es auch bei einer anderen Alternative, dem aus Zellen kultiviertem Fleisch: Am 19. September

beantragte die Firma Cultivated B aus Heidelberg als erstes deutsches Unternehmen die EU-Zertifizierung für eine zellkultivierte Wurst. Dies ist notwendig, um zellkultivierte Produkte in der EU produzieren und verkaufen zu können. Im Juli hatte die Firma Aleph Farms beantragt, zellkultivierte Rindersteaks in der Schweiz verkaufen zu können. Einen Monat zuvor genehmigten US-Behörden den Verkauf von zellkultiviertem Hühnerfleisch in Restaurants. Menschen für Tierrechte favorisiert zwar eine rein pflanzliche Ernährung. Er sieht die zelluläre Landwirtschaft jedoch als einen Teil der Lösung, den wachsenden weltweiten Fleischkonsum abzudecken.

## Politik muss Transformation aktiv unterstützen

Mit dem wachsenden Bewusstsein für die unhaltbaren Zustände in der industriellen Tierhaltung und die ökologischen und sozialen Folgen unserer Ernährungsgewohnheiten hat sich auch die Einstellung zur pflanzenbasierten Ernährung verändert. Mittlerweile ist der Hinweis „vegan“ auf der Verpackung zu einem Marketinginstrument geworden. Kochbücher und engagierte Foodblogs zeigen, wie lecker und gesund das Kochen mit Gemüse und Hülsenfrüchten ist. Ein wichtiger Teil der Abstimmung erfolgt täglich an der Supermarktkasse. Doch das reicht nicht aus: Die Politik muss auf diese Entwicklungen reagieren und diese notwendige Transformation aktiv unterstützen. Dafür wird sich der Bundesverband und mit ihm viele weitere Tier- und Umweltschutzorganisationen weiter einsetzen.

Dr. Stefanie Schindler, Christina Ledermann, Steffanie Richter



# Zeichen für einen Wandel

*Seit Jahrzehnten kämpfen Tierschützer:innen für einen Ausstieg aus dem Tierversuch. Anfangs noch als Traumtänzer:innen verlacht, hat sich bedingt durch den wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt der Ausstieg zu einer ernstzunehmenden Zielsetzung entwickelt. Dafür sind zwar noch viele Hürden zu überwinden, dennoch standen die Zeichen für ein Auslaufen von Tierversuchen noch nie so günstig wie derzeit.*

Seit 2013 gilt in der EU ein Verbot von Tierversuchen für Kosmetika. Seitdem sind Verkauf und Import von an Tieren getesteter Kosmetik und deren Inhalts- und Zusatzstoffe nicht mehr zulässig. Der für Gesundheit und Verbraucherpolitik zuständige EU-Kommissar Tonio Borg sagte damals: „Die Kommission engagiert sich dafür, die Entwicklung alternativer Testverfahren weiterhin zu unterstützen und Drittländer aufzufordern, sich unserer europäischen Vorgehensweise anzuschließen.“ Seitdem haben sich viele Länder dem Vermarktungsverbot angeschlossen.

## EU-Bürger:innen fordern Ausstiegsplan

Doch das Verbot hat eine Achillesferse: Es gilt nur für Substanzen, die ausschließlich in Kosmetika und nicht auch in anderen Produkten, beispielweise in Industriechemikalien, eingesetzt werden. Eine weitere Einschränkung ist, dass die Sicherheit von Arbeiter:innen und der Umwelt gewährleistet werden muss. Die Sicherheitsprüfungen der Substanzen, mit denen Arbeiter:innen in Kontakt kommen können, erfolgten meist durch Tests an Tieren. Da die Europäische Chemikalienagentur außerdem immer wieder zusätzliche Tierversuche einforderte, befürchteten Tierschutzorganisationen eine Aufweichung des Verbotes. Als Reaktion darauf starteten sie die Europäische Bürger:inneninitiative (EBI) „Save Cruelty-Free Cosmetics – Für ein Europa ohne Tierversuche“, die Anfang 2023 über 1,2 Millionen validierte Unterschriften erreichte.

## EU will Tierversuche auslaufen lassen

Die EBI verknüpfte das Kosmetikvermarktungsverbot mit der Forderung eines Übergangs zu tierversuchsfreien Methoden für Sicherheitstests von Chemikalien sowie eines generellen Ausstiegsplans aus dem Tierversuch. Die erfolgreiche Bürgerinitiative zwang die EU-Kommission dazu, sich mit dem Thema zu befassen. In einer öffentlichen Anhörung im EU-Parlament verpflichtete sich die Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum sowie Kleinst-, kleine und mittlerer Unternehmen (KMU), „so ehrgeizig wie möglich zu sein“, um ihr endgültiges Ziel, Tierversuche in der EU auslaufen zu lassen, zu erreichen.

## USA beschleunigen Übergang

Die Vorgänge auf europäischer Ebene müssen auch vor dem Hintergrund der Entwicklung in den USA gesehen werden: Die USA haben in den letzten Jahren mehrere Maßnahmen eingeleitet, um den Übergang hin zu tierversuchsfreien Verfahren zu beschleunigen. Im Januar unterzeichnete US-Präsident Joe Biden den „FDA Modernization Act 2.0“. Dieses Gesetz ermöglicht, neue Medikamente auch auf Basis



1,2 Millionen EU-Bürger:innen fordern einen Ausstiegsplan aus dem Tierversuch.  
Foto: istockphoto/Andrii Koval

tierversuchsfreier Verfahren zuzulassen. Das bedeutet, dass sie nicht mehr zwingend an Tieren getestet werden müssen. Dies könnte die seit über 80 Jahren durchgeführten leidvollen Sicherheitsprüfungen an Tieren deutlich reduzieren. Die US-Umweltbehörde EPA hat zudem 2019 festgelegt, toxikologische Versuche an Säugetieren ab 2035 zu verbieten. Ab 2025 sollen die Fördergelder für diese Tests um 30 Prozent gekürzt und ab 2035 ganz gestrichen werden. Darüber hinaus kündigte die US-Arzneimittelbehörde Food and Drug Administration (FDA) letzten November an, eine „umfassende Strategie“ für alternative Testmethoden (NAMs) erarbeiten zu wollen.

## Roadmap für tierfreie Risikobewertung

Durch die Entwicklungen in den USA wächst der Druck auf die EU, mit dem anvisierten „Phase-out“ von Tierversuchen voranzukommen. Die Kommission hat kürzlich angekündigt, mit allen relevanten Gruppierungen eine Roadmap für eine Risikobewertung zu erarbeiten, die ohne Tierversuche auskommt. Zur Verstärkung will die Chemikalienagentur ECHA die Kooperation innerhalb und außerhalb Europas über Private-Public-Partnerschafts-Plattformen ausbauen, beispielweise mit der European Partnership for Alternatives to Animal Testing (EPAA). Außerdem will die EU die Förderung wissenschaftlicher EU-Projekte, wie ASPIS oder PARC, ausbauen und die internen Kapazitäten erweitern.

## Zellkulturverfahren, Organoide und KI

Das neue EU-Projekt PARC hat das Ziel, eine Risikobewertung potenziell gefährlicher Substanzen tierfrei zu ermöglichen. Statt Tests an Tieren sollen „New Approach Methodologies“, kurz NAMs, zum Einsatz kommen. Dies sind >>>

»»» beispielsweise Zellkulturverfahren, Organoide, Analysen von Erbinformationen und des Zellstoffwechsels, biochemische Auswertungen, künstliche Intelligenz oder lernende Computerprogramme. Tierversuche sollen nur durchgeführt werden, wenn keine NAMs existieren.

## 400 Millionen für Alternativen

Für die tierfreie Risikobewertung stehen 400 Millionen Euro zur Verfügung, die hälftig von der EU und den Mitgliedsstaaten getragen werden. Ein Wissenschaftsteam vom Joint Research Center der EU hat bereits ein neues Regulationskonzept für die Sicherheitsbewertung und das Sicherheitsmanagement von Chemikalien vorgeschlagen. Es basiert vor allem auf der Anwendung von NAMs. Die PARC-Projektpartner halten ihre Plattform für ideal zur Entwicklung der Roadmap und erkunden aktuell Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der Kommission.

## Industrie will den Ausstieg

An einem Auslaufen der Tierversuche sind nicht nur Gesellschaft und Politik interessiert, sondern auch die Industrie. Immer mehr Pharmakonzerne kündigen offiziell an, langfristig aus dem Tierversuch aussteigen zu wollen. Der Darmstädter Dax-Konzern Merck und der Chemie- und Pharmakonzern Bayer wollen die Zahl der Tierversuche zur Entwicklung und Produktsicherung von Arzneien und Chemikalien in den kommenden Jahren deutlich senken. Auch das Biotechnologieunternehmen Roche will die Anwendung von NAMs erheblich ausweiten. Der Pharmakonzern Sanofi hat eine eigene "Animal Protection Roadmap" entwickelt, die das Ziel hat, Versuche an Tieren bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren. Dass die neuen Verfahren wirtschaftlich und zuverlässig sind, zeigt sich auch daran, dass sich unzählige Firmen – wie die TissUse GmbH oder µOrganoLab –, die sich einst aus universitären Arbeitsgruppen gegründet haben, auf dem Markt behaupten können.

## Deutschland kündigt Reduktionsstrategie an

Mitte Oktober gab die Berichterstatterin für Tierschutz, Dr. Zoe Mayer (Grüne), bekannt, dass im Haushalt 2024 eine Million Euro für die im Koalitionsvertrag angekündigte Reduktionsstrategie bereitgestellt seien. Für die nachfolgenden Haushalte sei eine weitere Million vorgemerkt. Ziel der Strategie soll vor allem die Etablierung praxisreifer tierfreier Verfahren sein. Der Bundesverband begrüßte die Ankündigung, mahnte jedoch eine schnelle Erarbeitung und Umsetzung an.

## Flaschenhals Validierung

Doch trotz dieser Pläne und vielversprechender Neuentwicklungen mangelt es an zugelassenen tierfreien Verfahren. Der Flaschenhals ist der teure und langwierige Prozess bis zur behördlichen Zulassung. Auch der Ersatz der Tierversuche in den Vorschriften dauert noch immer zu lange. Vertreter:innen der Industrie und Toxikolog:innen kritisieren, dass seit Inkrafttreten des Kosmetikvermarktungsverbots in 2013 keine wichtigen NAMs mehr anerkannt worden seien, außer Methoden auf Augen- und Hautreizung, ein Hautätzungstest,

Im Haushalt 2024 wurde 1 Million Euro für eine Reduktionsstrategie eingestellt.

Foto: Adobe Stock/efmukel



Tests auf Hautsensibilisierung, Genotoxizität sowie ein Stoffgruppenanalogiekonzept, mit dem auf bereits vorhandene Studienergebnisse verwiesen werden kann. Dabei mangelt es nicht an Neuentwicklungen. Diese haben jedoch oft nicht die erforderliche Qualität oder sie werden nicht validiert. Da dies Voraussetzung für die Anerkennung ist, bleiben oft auch vielversprechende neue Verfahren im Flaschenhals der Validierung hängen. Hauptgrund ist, dass das Geld für die kostenintensiven Vergleichsstudien fehlt.

## Leuchtturmprojekt aus Frankreich

Im Gegensatz zur Entwicklung tierfreier Verfahren steht für die Validierung kein großer EU-Etat zur Verfügung. Die Europäische Validierungsbehörde ist trotz umfangreichen Arbeitsumfangs nur mäßig ausgestattet. Hoffnung macht ein Leuchtturmprojekt aus Frankreich. Dort kümmert sich die Private-Public-Partnership-Plattform PEPPER darum, die Vorvalidierung von Methoden zum Test auf hormonwirksame Substanzen zu organisieren und zu finanzieren. Die Förderung von drei Millionen Euro tragen Staat und Industrie je zur Hälfte. Solche leistungsfähigen Partnerschaften, die sich gezielt der Anerkennung benötigter tierversuchsfreier Tests widmen und sicherstellen, dass es diese auch tatsächlich in die praktische Anwendung schaffen, könnten helfen, den Reformstau neuer Methoden aufzulösen.

## Hoffnung auf vereinfachte Zulassung

Da unzählige NAMs validiert werden müssten, wird unter den Regulationsbehörden inzwischen auch diskutiert, ob es nicht möglich ist, tierfreie Verfahren nach einem anderen Qualitätsverfahren anerkennen zu lassen. In der Stellungnahme des Rates der Europäischen Union vom 27. Juli (12207/23) wird darauf hingewiesen, dass bei Humanarzneimitteln alternative Prüfansätze, die noch nicht in einem förmlichen Validierungsverfahren bewertet worden sind, von den zuständigen Behörden auch „auf Einzelfallbasis im Anschluss an eine Evaluierung der vom Antragsteller eingereichten Daten“ anerkannt werden können. Wenn sich diese vereinfachte Zulassung durchsetzen würde, könnte dies – zusammen mit den politischen und wissenschaftlichen Maßnahmen – einen echten Fortschritt hin zu einer Welt ohne Tierversuche bedeuten.

*Dr. Christiane Hohensee*



# Orientierungshilfe für ein tierleidfreies Studium

*Der Bundesverband hat Ende September den SATIS-Hochschul-Wegweiser für ein Studium ohne Tiereinsatz veröffentlicht. Das umfangreiche Nachschlagewerk informiert Studierende, an welcher Uni sie tierleidfrei studieren können. Kursleiter:innen zeigt der Wegweiser, dass Studierende die Lernziele auch erreichen können, ohne dass Tiere dafür leiden oder sterben müssen. Der Vergleich mit der letzten Umfrage vor elf Jahren zeigt einen positiven Trend: In der Human- und Veterinärmedizin setzen sich zunehmend tierleidfreie Lehrmethoden durch.*

In den Studiengängen der Biologie, Human- und Veterinärmedizin werden nach wie vor viele Tiere im Rahmen der Ausbildung getötet. Im Jahr 2021 wurden 8.949 Wirbeltiere in Versuchen für die Hochschulausbildung eingesetzt<sup>1</sup>. Tatsächlich sind noch mehr Tiere betroffen, denn die Tiere, die für Präparationen oder Organ- und Gewebeentnahmen getötet wurden, tauchen in dieser Statistik nicht auf. Besonders viele Tiere werden in den Sezierkursen der Zoologie beziehungsweise Anatomie eingesetzt. Auch in der Physiologie werden oft Organe getöteter Tiere verwendet und auch Tierversuche an lebenden Tieren durchgeführt.

## Tiertötungen: Es geht auch ohne

Die meisten Studierenden müssen sich deswegen irgendwann in ihrem Studium entscheiden, ob sie bereit sind, an lebenden oder getöteten Tieren zu üben, um den Leistungsnachweis für bestimmte Kurse zu erhalten. Dabei ist dieser sogenannte Tierversuch, das heißt der schädigende Einsatz von Tieren, meist gar nicht nötig, um ein Studium erfolgreich abzuschließen. Denn die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten können auch durch tierleidfreie Lehrmethoden wie Videos, Präparations-Modelle, Simulationsprogramme und Dauerpräparate erlernt werden. Auch Selbstversuche, tote Tiere aus der Natur und aus medizinischen Gründen euthanasierte Spendertiere machen das Töten von gesunden Tieren überflüssig.

## Deutschlandweite Umfrage gibt Überblick

Um Studierenden einen Überblick zu geben, an welcher Uni sie tierleidfrei studieren können und um Kursleiter:innen darüber zu informieren, mit welchen alternativen Lehrmethoden sie den Einsatz von Tieren vermeiden können, hat der Bundesverband den Hochschul-Wegweiser entwickelt. Die Basis für das Nachschlagewerk bildete eine Online- und Telefon-Umfrage bei 462 Kursleiter:innen, die im Rahmen des Projektes SATIS dieses Jahr durchgeführt wurde. Mit dem Projekt setzt sich der Bundesverband für eine Ausbildung mittels tierleidfreier Lehrmethoden ein. Die Antworten wurden durch Modulbeschreibungen und Informationen der Hochschulen ergänzt, so dass über 70 Prozent der 711 Pflicht- und Wahlpflicht-Kurse von deutschlandweit 119 Studiengängen bewertet werden konnten. Die Dozent:innen wurden unter anderem zum Ein-

satz von lebenden und toten Tieren beziehungsweise Tierteilen befragt, ob es Ausweichmöglichkeiten gibt und welche Alternativen genutzt werden. Außerdem wurden Tierart, Herkunft der Tiere, Lernziele, Versuchsablauf und Bewertung von Alternativen im Vergleich zum Tiereinsatz abgefragt.



## Unterschiedliche Farben je nach Tiereinsatz

Erfreulicherweise zeigt der neue Hochschul-Wegweiser, dass immer mehr Hochschulen alternative Lehrmethoden nutzen. Durch Anklicken der Studienorte kann schnell recherchiert werden, ob an der jeweiligen Uni das Töten von Tieren zu Studienzwecken erfolgt oder nicht. Die Studiengänge wurden in farbige Kategorien von grün über gelb bis rot nach einem eigens definierten Schweregrad des Tierversuchs in den Pflichtkursen eingeordnet (siehe Legende in Abb. 1).

## Positive Entwicklung in Human- und Veterinärmedizin

Im Vergleich zur letzten Umfrage vor elf Jahren zeigt sich ein positiver Trend in der Human- und Veterinärmedizin: Hier setzen sich zunehmend tierleidfreie Lehrmethoden durch. Wurden in der Humanmedizin vor elf Jahren noch in mindestens 46 Prozent der Studiengänge Tiere in invasiven Versuchen eingesetzt oder getötet, liegt dieser Anteil heute bei 22 Prozent<sup>2</sup>, siehe Abb. 1, Kategorie rot (Wirbeltiere) und orange (Wirbellose<sup>3</sup>). In der Veterinärmedizin wurden 2012 noch an allen fünf Hochschulen Tiere „verbraucht“. Aktuell ist dies nach den auswertbaren Angaben nur noch an zwei Hochschulen der Fall.

## Medizin und Veterinärmedizin fortschrittlich

Von 32 auswertbaren Medizin-Studiengängen setzen sieben Hochschulen (22 Prozent) im vorklinischen Teil Alternativen ein, siehe Abb. 1 (Kategorie grün). Bei fünf Hochschulen (16 Prozent) müssen Studierende bei den Pflichtkursen immer noch Übungen an Wirbeltieren sowie Kopffüßern und Zehnfüßkrebse durchführen (Kategorie rot). Im Studium der >>>

1) Verwendung von Versuchstieren im Jahr 2021, Bf3R, Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren, 19.12.2022.

2) Da für einige Studiengänge nicht alle Pflichtkurse bewertet werden konnten, kann der jeweilige Anteil der Studiengänge mit Tierversuch auch höher liegen. Dennoch kann von einem positiven Trend zu Alternativen in der Human- und Veterinärmedizin ausgegangen werden.

3) Versuche an Wirbellosen mit Ausnahme von Kopffüßern und Zehnfüßkrebse sind, im Gegensatz zu Tierversuchen (Eingriffe an Wirbeltieren und Kopffüßern), nicht genehmigungspflichtig bzw., im Gegensatz zu Eingriffen an Zehnfüßkrebse, nicht anzeigepflichtig. Die Versuchspraktiken unterliegen daher keinen Reglementierungen.

»»» Veterinärmedizin setzen die tierärztlichen Hochschulen Gießen und München Wirbeltiere beziehungsweise Kopffüßer oder Zehnfußkrebse in invasiven Versuchen oder für Präparationen ein (Kategorie rot). In Hannover und Leipzig sind die auswertbaren Pflichtkurse tierleidfrei (Kategorie grün-schwarz).

## Biologie: höchster Tierversbrauch

Dramatisch ist der Stand beim Biologiestudium (Bachelor): Hier werden bei mindestens 76 Prozent der Studiengänge noch immer getötete Tiere verwendet oder in invasiven Versuchen eingesetzt, siehe Abb. 1 (Kategorie rot und orange). Das heißt, die Studierenden dort müssen zwingend an lebenden oder getöteten Tieren üben, um den Leistungsnachweis zu erhalten. Bei 36 der 55 auswertbaren Studiengänge (66 Prozent) enthalten die Pflichtkurse Übungen an Wirbeltieren beziehungsweise Kopffüßern oder Zehnfußkrebsen (Kategorie rot). Nur zwei Biologie-Studiengänge konnten der grünen Kategorie, also ohne standardmäßigen Tierversbrauch zugeordnet werden (siehe Abb. 1).

## Biologie-Studium tierleidfrei möglich

So können die Biologiestudent:innen in Freiburg und Mainz zwischen den Kursen beziehungsweise Übungen mit und ohne Tierversbrauch wählen. In Mainz können dabei die klassischen Fächer Zoologie und Physiologie tierleidfrei belegt werden. Die Auswahl wird im Zeugnis vermerkt, hat aber keine Auswirkungen auf das weitere Studium. Die Leistungen ohne Tierversbrauch sind denen mit Tiereinsatz ebenbürtig. Auch die Uni Flensburg bietet im Lehramt in den auswertbaren Pflichtkursen standardmäßig tierfreie Übungen an, allerdings erhielt SATIS keine Auskunft über den dortigen Anatomiekurs (Kategorie grün-schwarz).

## Ersatzleistungen statt Übungen an Tieren

Vier Studiengänge der Biologie wurden dem kritischen Bereich (gelb) zugeordnet. Hier werden in den Pflichtkursen nicht-invasive Tierversuche durchgeführt. Alternativ können Studierende auf Anfrage beziehungsweise Antrag die Übungen an Tieren umgehen<sup>1</sup> oder es werden tierische Materialien von Schlachthöfen oder Beifänge verwendet. In drei Biologie-Studiengängen werden unter den Pflichtkursen ausschließlich wirbellose Tiere<sup>3</sup> in invasiven Versuchen eingesetzt oder getötet.

## Zoologie: Ersatzmethoden sind Ausnahme

Im Grundpraktikum der Zoologie wird im Biologie-Studium die Anatomie der Tiere untersucht. Dafür werden an den meisten Unis getötete Tiere präpariert. 34 von 53 Biologie-Studiengängen verwenden in diesem Kurs getötete Wirbeltiere sowie Kopffüßer oder Zehnfußkrebse, siehe Abb. 2 (Kategorie rot). Ersatzmethoden sind die Ausnahme. Hier scheint es für viele Dozent:innen eine Notwendigkeit zu sein, echte Tiere zu sezieren, statt Präparations-Modelle, Computerprogramme oder Videoaufzeichnungen zu verwenden – und das, obwohl die Lernziele an anderen Hochschulen ohne Tiertötungen erreicht werden können. Bei der Umfrage zeigt sich, dass viele Dozent:innen den Einsatz von Tieren befürworten. Andere zeigten sich bemüht, Kurse umzustellen, indem stattdessen Wirbellose verwendet oder Ausweichoptionen angeboten werden.

## Mainz: Zoologie ohne Tierversbrauch

Eine Vorbildfunktion hat die Hochschule Mainz: Hier kann die Anatomie im Biologiestudium standardmäßig ohne Tierversbrauch absolviert werden, siehe Abb. 2 (Kategorie grün).

An 15 Hochschulen werden für das Fach auf Anfrage beziehungsweise Antrag Videos von Präparationen angeboten oder „Schlachtabfälle“ beziehungsweise Beifang verwendet (Kategorie gelb). An drei Hochschulen werden ausschließlich Wirbellose eingesetzt (Kategorie orange).

## Spendertiere retten Leben

In der Tiermedizin ist von den drei auswertbaren Anatomiekursen ebenfalls nur einer tierleidfrei: In Berlin werden nur Körper von Tieren seziiert, die eingeschläfert werden mussten (Kategorie grün). In Gießen werden Tiere aus der Pathologie präpariert sowie Spendertiere. Zugekauft werden Schafe

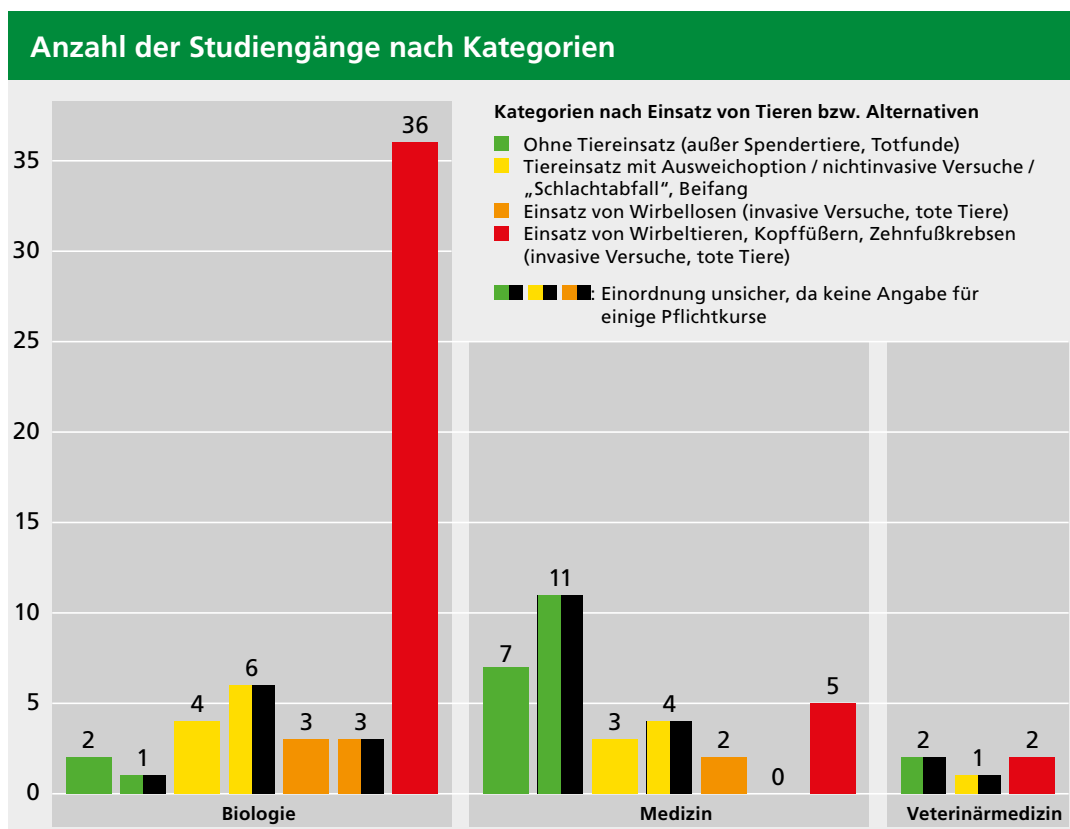


Abb. 1: Anzahl der Studiengänge in den Kategorien nach Einsatz von Tieren beziehungsweise Alternativen. Die Einordnung der Studiengänge basiert auf dem Pflichtkurs mit schwerwiegendstem Tiereinsatz. Ausweichoptionen sind in dem Wegweiser Alternativen, die einzelnen Studierenden auf Anfrage/Antrag gewährt werden (und nicht standardmäßig eingesetzt werden). Die Einordnung der Studiengänge in ■■■ und ■■■ ist nicht sicher und kann, je nach Methode in den Pflichtkursen ohne bisherige Angabe, zur Kategorie mit schwerwiegendstem Tiereinsatz wechseln. Bei diesen Kursen sollten Studierende nachfragen.

und Hühner, die aus Alters- und Krankheitsgründen aus landwirtschaftlichen Betrieben abgegeben wurden (Kategorie gelb). In München werden Spendertiere wie Pferde, Hunde und Katzen, sowie Schweine aus Tierversuchen präpariert (Kategorie rot).

### Physiologie: Alternativen gleichwertig oder besser

Anders sieht es glücklicherweise bei der Physiologie aus: In diesem Fach setzen sich tierleidfreie Methoden immer mehr durch. Bundesweit werden noch in elf Physiologie-Kursen (23 Prozent) der Biologiestudiengänge Wirbeltiere, Kopffüßer oder Zehnfüßkrebse beziehungsweise getötete Tiere eingesetzt, siehe Abb. 2 (Kategorie rot). In 19 Kursen (40 Prozent) haben die Unis standardmäßig auf Ersatzmethoden umgestellt (Kategorie grün). Dies sind beispielsweise Selbstversuche und Simulationsprogramme, wie die Sim-Reihe von Virtual Physiology. Die Umfrage ergab, dass viele Dozent:innen von den Alternativen überzeugt sind. Sie bewerteten sie hinsichtlich der Erreichung der Lernziele, des Ressourcenverbrauchs und der Akzeptanz durch die Studierenden, als gleichwertig, teilweise sogar besser als die Übungen mit Tieren.

### Medizin: Alternativen gebräuchlicher

Im Studium der Humanmedizin werden im Praktikum der Biologie traditionell präparierte Tiere verwendet. Nach der aktuellen Umfrage sind mittlerweile zehn der auswertbaren Kurse, also etwa zwei Drittel, tierleidfrei, siehe Abb. 2 (Kategorie grün). Die Physiologie-Kurse werden zu 84 Prozent (16 Kurse) ohne Tiere durchgeführt.

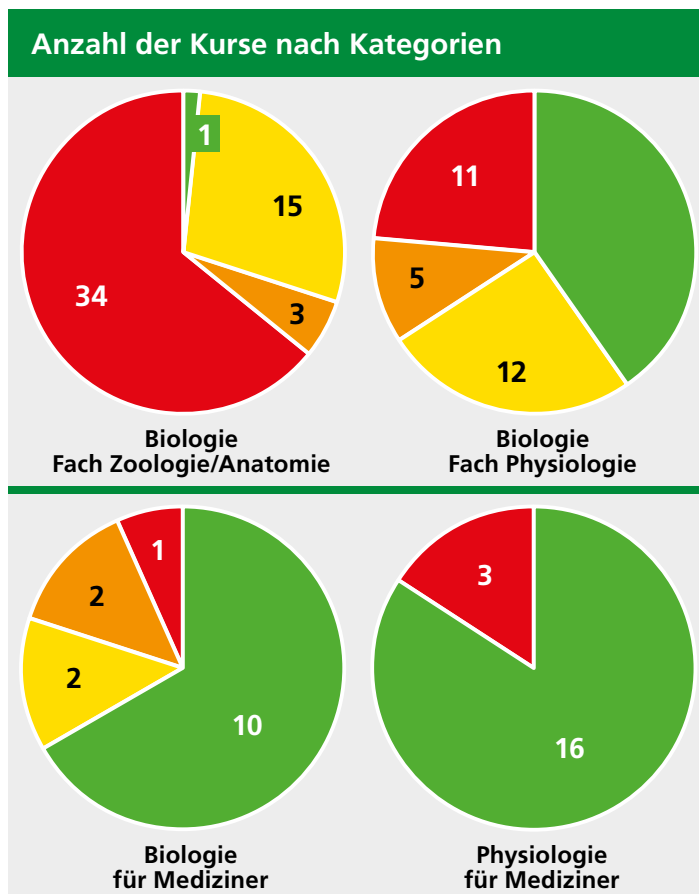


Abb. 2: Anzahl der Kurse Zoologie/Anatomie und Physiologie (jeweiliger Grundkurs in den Studiengängen Biologie und Medizin) in den Kategorien nach Einsatz von Tieren beziehungsweise Alternativen (Legende siehe Abb. 1).

1) Verzichtsmöglichkeit in 10 Bundesländern, siehe unter: [www.satis-tierrechte.de/situationskritik/recht-und-gesetz/#eintraefung](http://www.satis-tierrechte.de/situationskritik/recht-und-gesetz/#eintraefung)

### Skills Labs und Simulationsprogramme

Für die Physiologie im tiermedizinischen Studium haben wir nur von zwei Hochschulen Informationen erhalten: In Gießen werden neben Filmmaterial und Computersimulationen praktische Übungen zur Diagnostik an Ziegen durchgeführt (Kategorie gelb). München verwendet Simulationsprogramme und zur Diagnostik abgenommenes tierisches Blut (Kategorie grün). Positiv ist, dass es an allen fünf Hochschulen mittlerweile Skills Labs gibt, mit denen die Studierenden ihre chirurgischen Fertigkeiten an Modellen trainieren können.

### Nötig: tierleidfreie Pflichtkurse

Das Festhalten vieler Dozent:innen an Übungen mit Tieren ist angesichts vorhandener und erprobter Alternativen inakzeptabel. Dass erfolgreiche Abschlüsse ohne das Töten von Tieren möglich sind, zeigen die vielen Hochschulen, die die klassischen Pflichtkurse komplett tierleidfrei durchführen. Der Tierverbrauch ist in den meisten Fällen für die spätere berufliche Tätigkeit nicht nötig. Nur ein Bruchteil der angehenden Biolog:innen arbeitet später praktisch mit Tieren. Wer später Tierversuche durchführt, muss sowieso einen zusätzlichen tierexperimentellen Kurs absolvieren.

### Tiereinsatz oft widerrechtlich

Abgesehen davon, dass zunehmend gleichwertige, moderne Alternativen zur Verfügung stehen ist es nicht nur unethisch, Tiere zu töten, sondern auch unrechtmäßig. Denn nach EU-Tierversuchsrichtlinie sollen Tiere zu wissenschaftlichen Zwecken oder zu Bildungszwecken nur dann eingesetzt werden, wenn es keine Alternative gibt. Ähnlich regelt es das deutsche Tierschutzgesetz unter § 7a. Danach dürfen Tierversuche nur durchgeführt werden dürfen, soweit sie für bestimmte Zwecke, darunter die Aus-, Fort- oder Weiterbildung, unerlässlich sind.

### Alternativen: Einsatz muss kontrolliert werden

Das Problem ist der Interpretationsspielraum bei der Frage, ob der Zweck auch durch Alternativen erreicht werden kann. Dies beantworten Dozent:innen unterschiedlich. Außerdem wird in der Praxis zu selten geprüft, ob alternative Lehrmethoden existieren. Der unrechtmäßige Einsatz wird zudem nicht sanktioniert. Hinzu kommt, dass Tötungen zur Organ- oder Gewebeentnahme oder für Präparationen rechtlich nicht als Tierversuche gelten. Um sicherzustellen, dass der Tiereinsatz tatsächlich beendet wird, sobald eine alternative Lehrmethode existiert, muss es verbindliche und aktuelle Listen von Alternativen geben, deren Einsatz verpflichtend ist. Ihre Nutzung müsste regelmäßig überprüft und bei Verstößen mit empfindlichen Strafen belegt werden. Der Bundesverband wird sich dafür einsetzen, dass die Tiere besser geschützt werden. Außerdem wird er die Umfrageergebnisse nutzen, um Kursleiter:innen aufzuzeigen, dass in vergleichbaren Kursen an anderen Hochschulen bereits erfolgreich Alternativen eingesetzt werden.

Dr. Claudia Gerlach

Informationen unter [www.satis-tierrechte.de](http://www.satis-tierrechte.de)



## Halbzeitbilanz

# Keine Wende für die Tiere

*Vor fast genau zwei Jahren veröffentlichte die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag. Dieser enthielt deutlich ambitioniertere Tierschutzmaßnahmen als die Pläne der Vorgängerregierungen. Doch wie ist der Stand zur Regierungshalbzeit?*

Die selbsternannte Fortschrittskoalition für eine zukunftsfähige Landwirtschaft hat in zwei Jahren Amtszeit zwar diverse neue Gesetze angeschoben, doch die haben bisher keine nennenswerten Effekte für die leidenden Tiere. Beispiel Tierhaltungskennzeichnung: Die Mitte Juni verabschiedete Haltungskennzeichnung wird höchstwahrscheinlich nicht die gewünschte Lenkungswirkung hin zu einer besseren Tierhaltung bringen. Zum einen wertet sie schlechte Tierhaltung auf und erzeugt bei Verbraucher:innen den Eindruck, dass das Tier artgerecht gehalten wurde. Zum anderen umfasst die Kennzeichnung nicht die Bedingungen bei Aufzucht, Transport und Schlachtung und gilt bisher nur für eine Tierart.

### Privilegierung mit Achillesferse

Beispiel Baurecht: Die Ampel ist zwar auch die Privilegierung des sogenannten Tierwohls im Baurecht angegangen, die eine bessere Tierhaltung fördern soll, doch auch diese könnte nach hinten losgehen. Das Problem: Die Privilegierung basiert auf den Haltungsformen des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes. Dies kann dazu führen, dass durch die dort definierten unzureichenden Standards auch tierschutzwidrige Haltungsformen gefördert werden.

### Bundestierschutzbeauftragte: Möglichkeiten beschränkt

Beispiel Bundestierschutzbeauftragte: Am 12. Juni 2023 trat die erste Tierschutzbeauftragte der Bundesregierung offiziell ihr Amt an. Die Tierärztin Ariane Kari war bisher stellvertretende Landestierschutzbeauftragte in Baden-

Württemberg und soll politisch und fachlich unabhängig arbeiten. Der Bundesverband begrüßte die Einsetzung als wichtiges Signal und bot Kari seine Fachexpertise und Unterstützung an. Was sie in den verbleibenden zwei Jahren Regierungszeit für die Tiere ausrichten kann, bleibt jedoch abzuwarten. Ihre Möglichkeiten beschränken sich hauptsächlich auf Stellungnahmen, Beratung der Bundesregierung und Öffentlichkeitsarbeit.

### Wo bleibt das neue Tierschutzgesetz?

Auf die wichtigste tierschutzpolitische Maßnahme warten Tier- und Umweltschutzverbände seit Monaten: die Überarbeitung des Tierschutzgesetzes. Diese Novelle ist dringend nötig, denn das bislang geltende Gesetz ordnet den Schutz der Tiere noch immer wirtschaftlichen Interessen unter. Schlupflöcher und Gesetzeslücken ermöglichen Tierquälereien, die mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar sind. Seit Mai 2023 befindet sich der Gesetzentwurf in der Ressortabstimmung. Bislang sind nur Referentenentwürfe durchgesickert, die zwar gute Ansätze hatten, jedoch noch keine ausreichenden Änderungen vorsahen (Stand Anfang November). Wenn es der jetzigen Bundesregierung gelingt, bis 2025 deutliche Verbesserungen in dem Gesetz festzuschreiben, wäre ein höheres Tierschutzniveau auch für die folgenden Regierungen gesetzt.

### Tierschutzrecht erweitern

Was müsste im Tierschutzgesetz geändert werden? Urteile zeigen: Tierquälerei, besonders solche im großen Stil, wird in Deutschland noch immer nicht adäquat bestraft. Damit Verstöße endlich effektiv verfolgt und hart bestraft werden, pocht der Bundesverband unter anderem darauf, dass die Ampel ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag wahrmacht und Teile des Tierschutzrechts in das Strafrecht überführt.

Damit Kontrollen und Strafverfolgung von Tierschutzvergehen funktionieren, müssen zudem Behörden und Gerichte gestärkt werden.

### Tiertransporte und Qualzuchten verbieten

Wichtig ist außerdem, die leidvollen Tiertransporte in Drittstaaten im Gesetz zu verbieten sowie die Zucht und Haltung von Qualzuchten von Haus- und sogenannten Nutztieren. Außerdem müssen Ausnahmen für Amputationen, wie das Kupieren von Schwänzen, Schnäbeln und das Enthornen bei Kälbern untersagt werden, ebenso wie die tierquälerische Anbindehaltung von Rindern. Weitere Forderungen sind die Einführung von aussagekräftigen Tierschutzindikatoren, das lange diskutierte Wildtierverbot im Zirkus und eine Positivliste für den Handel und die Haltung von Heimtieren sowie deren Kennzeichnung und Registrierung.

### Tierversuche: Reduktionsstrategie soll kommen

Eine positive Entwicklung war die Ankündigung der Berichterstatterin für Tierschutz Dr. Zoe Mayer (Grüne) Anfang Oktober zu der im Koalitionsvertrag angekündigten Reduktionsstrategie für Tierversuche. Sie teilte mit, dass im Haushalt 2024 eine Million Euro für eine Reduktionsstrategie bereitgestellt seien. Für die nachfolgenden Haushalte sei eine weitere Million vorgemerkt. Ziel der Strategie soll vor allem die Etablierung praxisreifer tierversuchsfreier Verfahren sein. Der Bundesverband, der seit zwei Jahren auf die Umsetzung dieses Versprechens aus dem Koalitionsvertrag drängt und zwei Maßnahmenpläne dafür vorgelegt hat, war erleichtert, dass die Strategie endlich kommen soll. Sie ist zentral, um die anhaltend hohe Zahl der in Versuchen eingesetzten Tiere endlich systematisch zu verringern.



### Maßnahmen effektiv ausgestalten

Nun kommt es darauf an, dass die Reduktionsstrategie schnell erarbeitet und umgesetzt wird. Es muss verhindert werden, dass sie nur eine Feigenblattfunktion hat. Die angekündigte Finanzierung ist zwar kritikwürdig, denn zwei Millionen sind bei weitem zu wenig. Da zum jetzigen Zeitpunkt Kritik kontraproduktiv ist, begrüßte der Bundesverband die Ankündigung und bot seine Fachexpertise bei der Ausgestaltung der Reduktionsstrategie an. Er steht dazu in Kontakt mit den Fachpolitiker:innen und mit anderen Organisationen und wird sich dafür einsetzen, dass die Strategie in der verbleibenden Amtszeit so effektiv wie möglich ausgestaltet wird.

### Schwierige Bedingungen

Grundsätzlich muss man der Ampel zugestehen: Sie arbeitet in Zeiten multipler Krisen unter äußerst schwierigen Bedingungen. Hinzu kommt der Reformstau nach 16 Jahren CDU-geführtem Landwirtschaftsministerium. Die Reformvorhaben von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) werden – wie aktuell die Novelle des Tierschutzgesetzes – zudem innerhalb der Koalition von der FDP verzögert oder sogar blockiert. Auch bei der aktuellen Sitzverteilung im Bundesrat hat es Özdemir schwer, seine Gesetze durchzubringen. Die SPD hält sich bei diesen Auseinandersetzungen auffällig im Hintergrund.



### Umbau der Tierhaltung wird blockiert

Ein gutes Beispiel für die Blockadehaltung ist die noch immer ungeklärte Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hatte schon im Mai eine sogenannte Tierwohlabgabe auf alle tierischen Produkte vorgeschlagen. Die FDP verweigerte diese, obwohl sowohl das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, auch Borchert-Kommission genannt, als auch ein juristisches Gutachten eine verpflichtende Tierwohlabgabe empfohlen hatten. Da die Ampel bisher kein tragfähiges Finanzierungskonzept für den Umbau der Tierhaltung vorgelegt hat, gab die Borchert-Kommission Ende August ihre Auflösung bekannt. Ähnlich war der Ablauf bei dem Vorschlag, die Mehrwertsteuer auf pflanzliche Lebensmittel zu senken. SPD und Grüne hatten Ende August nochmals einen Vorstoß für eine Steuersenkung gewagt – vergeblich. Eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel war mit der FDP nicht zu machen.

### Forderungen hoch ansetzen

Dennoch ist es unverständlich, warum Özdemir nicht ambitioniertere Gesetzesentwürfe einbringt. Wer viel erreichen will, muss seine Forderungen hoch ansetzen. Als Mitte Juni nach Bekanntwerden des ersten Entwurfes des Tierschutzgesetzes der Bauernverband gegen eine fortschrittliche Ergänzung unter Paragraph 1 mobil machte, ruderte Özdemir auffallend schnell zurück. Dabei hätte der Zusatz, wonach ein



wirtschaftliches Interesse keinen vernünftigen Grund für eine Beeinträchtigung von Leben und Wohlbefinden eines Tieres darstellen dürfe, eine überfällige Verbesserung bedeutet. Dieser Vorgang ist sinnbildlich für das grundsätzliche Problem: Der Tierschutz wird – Staatsziel hin oder her – wirtschaftlichen Interessen untergeordnet. Dabei sollte das Tierschutzgesetz genau deswegen reformiert werden, eben um das Staatsziel Tierschutz zu stärken.

### Die Zeit drängt

Die Tierschutzbilanz nach zwei Jahren Ampelregierung ist – trotz vollmundiger Ankündigungen und großer Erwartungen – überschaubar und bisher ohne nennenswerte Effekte für die leidenden Tiere. Noch ist Zeit, doch dafür müssen sich die Ampelparteien zusammenraufen und die Reformen gemeinsam und entschieden angehen. Alle Ressorts sind gefordert, sich zu bewegen und zum Gelingen beizutragen. Die Ende Oktober veröffentlichten Ergebnisse des Eurobarometers zeigen deutlich, dass die Deutschen mehr Tierschutz wollen. Gerade jetzt, wo die Tierschutzgesetzgebung auf EU-Ebene stockt, sollte Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen und ein vorbildliches Tierschutzgesetz verabschieden. Dafür wird sich der Bundesverband im Verbund mit anderen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen einsetzen. Die Zeit drängt.

Christina Ledermann

# Agrarlobby vereitelt Tierschutz-Reform

*Alles deutet darauf hin, dass die EU-Kommission die versprochene Reform der EU-Tierschutzgesetze und das Rahmengesetz für nachhaltige Ernährungssysteme in dieser Amtszeit nicht mehr angeht. Dass es der Agrarlobby wieder gelingt, diese Tierschutz-Reform zu blockieren, ist nicht nur ein politischer Skandal. Das Narrativ, dass Europa seine Lebensmittelproduktion intensivieren müsse, um die Welternährung zu sichern, ist auch brandgefährlich. Doch es gibt auch Hoffnung: Denn die miteinander verknüpften Krisen einen die Bewegungen.*

Am 17. Oktober stellte die EU-Kommission ihren Arbeitsplan und damit ihre Schwerpunkte für 2024 vor. Die Tierschutzorganisationen hatten große Hoffnungen, dass nach Jahren des Stillstands nun endlich die langersehnte Wende im Umgang mit den Tieren kommen würde. Doch es fehlten die entscheidenden Reformvorhaben, wie die Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung und das geplante Rahmengesetz für nachhaltige Ernährungssysteme (SFS Law). Da im Juni 2024 die nächste EU-Wahl ansteht, ist die von der Leyen-Kommission nur noch ein halbes Jahr im Amt.

## Farm-to-Fork-Strategie muss kommen

Dabei hatte die EU-Kommission 2020 im Rahmen des „Green Deals“ zugesagt, die EU-Tierschutzvorschriften in dieser Amtsperiode zu überarbeiten. Herzstück des Green Deals ist die Farm-to-Fork Strategie (F2F). Sie soll den Übergang zu einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Lebensmittelproduktion beschleunigen. Darin enthalten war die grundlegende Reform der EU-Tierschutzgesetze. Die Kommission wollte Haltung, Transport und Schlachtung sowie die Kennzeichnung von Tierprodukten neu regeln. Doch Anfang Oktober kündigte der Vizepräsident der EU-Kommission Maroš Šefčovič an, in dieser Amtszeit nur die Vorgaben zu Tiertransporten überarbeiten zu wollen.

## Alles spricht für Reform

Dabei spricht alles für eine schnelle und umfassende Novelle: Zum einen ist unbestritten, dass die Ernährungssysteme eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der aktuellen Krisen spielen. Zum anderen belegen diverse wissenschaftliche Gutachten, wie das von der

Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), dass die Reform der EU-Tierschutzgesetze dringend notwendig ist. Die Tierschutzvorschriften sind veraltet und völlig unzureichend. Das erste EU-Tierschutzgesetz wird im nächsten Jahr fünfzig Jahre alt. Auch das EU-Parlament und viele Mitgliedsstaaten unterstützen deswegen die Reform.

## EU-Bürger:innen wollen mehr Tierschutz

Dass der Tierschutz für die EU-Bürger:innen von zentraler Bedeutung ist, zeigte zuletzt die Ende Oktober veröffentlichte Eurobarometer-Umfrage. Darin sprechen sich eine überwältigende Mehrheit von 84 Prozent dafür aus, dass sogenannte Nutztiere besser geschützt werden sollten. Über 90 Prozent sind der Meinung, dass die Bedingungen bei Haltung und Zucht ethischen Grundanforderungen genügen müssen. Besonders besorgt zeigten sich die Befragten beim Umgang mit den Tieren bei der Schlachtung und beim Transport. Fast 90 Prozent sind der Meinung, dass der Schutz der Tiere bei der Schlachtung verbessert werden muss. Für eine Verkürzung von Tiertransporten sprachen sich 83 Prozent aus. Trotz der hohen Lebensmittelpreise zum Zeitpunkt der Befragung, waren 60 Prozent bereit, mehr für Produkte aus besseren Haltungssystemen zu bezahlen.

## Rückzieher konnte nicht verhindert werden

Auch die überwältigende Beteiligung an den Europäischen Bürgerinitiativen „End the Cage Age“ und „Fur Free Europe“ belegen den Wunsch der EU-Bürger:innen für mehr Tierschutz. Mehr als 300.000 EU-Bürger:innen forderten zudem in einer Ende Oktober übergebenen Petition den Tierschutz in der EU



1,4 Millionen EU-Bürger:innen fordern ein Ende der tierquälereischen Käfighaltung.

Fotos: Eurogroup for Animals/ Giovanna Lastrucci

zu stärken und einen EU-Kommissar für Tierschutz einzuführen. Tier-, Umwelt und Verbraucherschutzorganisationen hatten in den letzten Monaten gemeinsam für die Überarbeitung der Tierschutzgesetze gekämpft. Doch auch unzählige Briefe, Gespräche, Social-Media- und E-Mail-Aktionen, Demonstrationen und ein Offener Brief, in dem mehr als 600 Wissenschaftler:innen, über 100 Europaabgeordnete, 50.000 Bürger:innen und die prominente Tierschützerin Jane Goodall EU-Präsidentin Ursula von der Leyen (CDU) aufforderten, ihr Versprechen einzuhalten, konnten nicht verhindern, dass die EU-Kommission einen Rückzieher bei den Tierschutzrevisionen machte.

## Was steckt hinter dem Rückzieher?

Doch warum schiebt die Kommission die dringend benötigte Reform der EU-Tierschutzgesetzgebung auf, verlängert das millionenfache Leid der Tiere und ignoriert den Willen von Millionen EU-Bürger:innen? Es ist zum einen der (altbekannte) Widerstand der Agrarlobby, die sich beharrlich jeglichen Verbesserungen für die Tiere widersetzt. Hinter vorgehaltener Hand berichten EU-Beamte von besonders





Aktion in Brüssel: Tierschutzorganisationen und EU-Abgeordnete fordern von Ursula von der Leyen die Reform der EU-Tierschutzgesetze.

Fotos: Eurogroup for Animals/ Giovanna Lastrucci

aggressiver Lobbyarbeit. Verbände, wie der European Livestock Voice (ELV), agierten im Hintergrund, um Teile der Gesetze zu verwässern und wissenschaftliche Gutachten anzugreifen. Ein Beamter sagte, es sei „das erste Mal“ in fast einem Jahrzehnt Erfahrung, dass er einen solchen Druck von einem Landwirtschaftsverband gespürt habe.

### Konservative nähren falsches Narrativ

Erschwerend hinzu kommt die kurz bevorstehende Europawahl im Juni 2024, bei der die Parteien ihre Wiederwahl nicht riskieren wollen. Diese ohnehin schwierige Gemengelage wird verschärft durch die Auswirkungen der Pandemie, des Ukraine-Krieges und der Wirtschaftskrise. Alle zusammen haben das falsche Narrativ – vor allem konservativer Politiker:innen – genährt, dass Europa seine Lebensmittelproduktion intensivieren müsse, um die Welternährung zu sichern. Dies führt dazu, dass die dreifache planetare Krise des Klimawandels, des Verlusts der Biodiversität und der Umweltverschmutzung überlagert wird. Notwendige Maßnahmen für den Tier- und Klimaschutz sowie Instrumente zum Schutz der Biodiversität werden verschoben oder außer Kraft gesetzt.

### Tierindustrie wird einseitig subventioniert

Möglich wird dies auch durch die ungerechte Subventionspolitik: Eine im August veröffentlichte Studie der Stanford-University zeigt, dass der größte Teil der Agrarförderung in den USA und der EU in die Erzeugung tierischer Produkte und die Futtermittelproduktion fließt. Die EU investiere etwa 1200-mal

mehr öffentliche Mittel und dreimal mehr Lobbying-Gelder in tierische Lebensmittel als in alternative Fleisch- und Milchprodukte. Beispielsweise erzielten EU-Rindfleisch-Erzeuger 50 Prozent ihres Einkommens mit öffentlichen Subventionen. Die Agrarförderungen böten teilweise sogar Anreize, die klimaschädliche Rindfleischproduktion zu steigern. Gleichzeitig würde die Vermarktung von pflanzlichen Alternativen erschwert. Die Wissenschaftler:innen fordern einen Politikwechsel, um die negativen Auswirkungen des Lebensmittelsystems zu verringern. Es müsse ein fairer Markt für alternative Fleischprodukte geschaffen werden. Rechtsvorschriften müssten sicherstellen, dass der Preis von Fleisch seine Umweltfolgen realistisch widerspiegeln. Außerdem solle die Forschung für alternative Fleisch- und Milchprodukte verstärkt und Verbraucher:innen besser über Alternativen informiert werden.

### Wir brauchen nachhaltige Ernährungssysteme

Dabei brauchen wir gerade jetzt nachhaltige Ernährungssysteme. Durch die multiplen Krisen ist der Druck auf unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem so groß wie nie. Die industrielle Landwirtschaft ist nicht die Lösung, sondern einer der Hauptverursacher von Nahrungsmittelverschwendung und Klimakrise. Zum einen wandert über die Hälfte der globalen Getreideproduktion in den Futtertrog. Zum anderen sind Fleisch- und Milchprodukte für etwa 60 Prozent der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft verantwortlich. Je weniger Tiere für die Erzeugung tierischer Produkte gehalten werden, desto mehr Flächen stehen für

den direkten Anbau von Lebensmitteln und für den Klimaschutz zur Verfügung. Jetzt kurzsichtig auf die Intensivierung der Lebensmittelproduktion zu setzen, wird die multiplen miteinander verknüpften Krisen weiter verschärfen.

### Fokus auf EU-Wahl

Doch es ist nicht zu spät. Die EU-Tierschutzbewegung wird den Druck für die Reformen aufrechterhalten und alles dafür tun, im nächsten Schritt möglichst viel für die Tiere zu erreichen. Derzeit laufen die Planungen, um bei der für Dezember angekündigten Überarbeitung der EU-Transportverordnung das Leid der Tiere auf Langstreckentransporten zu verringern und ein Verbot von Transporten in Drittstaaten durchzusetzen. Außerdem bereiten sich die Tierschutzorganisationen für die EU-Wahlen im nächsten Jahr vor. Zunächst geht es darum, möglichst viel Tierschutz und nachhaltige Ernährung in den Wahlprogrammen zu verankern. Das nächste Frühjahr wird dann ganz unter dem Fokus der Wahl stehen. Es macht Hoffnung, dass es seit einigen Jahren gelingt, die vormals oft zerstrittene Tierschutzbewegung für das Erreichen höherer Ziele zu einen. Um mehr Druck aufzubauen, dass der Schutz von Millionen von Tieren ganz oben auf der Agenda der nächsten EU-Kommission steht, werden noch breitere Koalitionen geschmiedet. Denn die miteinander verknüpften Krisen haben bei aller Dramatik auch etwas Verbindendes. Sie einen die Tierschutz- und die Klima- und Umweltschutzbewegung. Darin steckt viel Potential und damit auch Hoffnung für Veränderung.

Christina Ledermann

## Gefährdet und ausgebeutet:

# Der Pfeilschwanzkrebs

*Im Juni 2021 beschloss die Kommission des Europäischen Arzneibuchs, den Fiebertest am Kaninchen innerhalb von etwa fünf Jahren durch eine tierfreie Methode zu ersetzen. An seiner Stelle steht nun eine Alternative mit menschlichem Blut. Anders sieht es bei den vom Aussterben bedrohten Atlantischen Pfeilschwanzkrebsen aus: Mehr als 500.000 von ihnen leiden noch immer jedes Jahr in Laboren, obwohl es längst tierfreie Alternativen gibt.*

Pfeilschwanzkrebse gelten als „lebende Fossilien“. Eine von vier Arten lebt an der amerikanischen Atlantikküste. Doch durch Lebensraumverlust, Klimawandel und Fischfang ist der Krebs in einigen Regionen bereits vom Aussterben bedroht. Dennoch werden jedes Jahr Tausende eingefangen, um ihr Blut für Giftigkeitstest zu verwenden.

## Blutraub für Produkttests

Hersteller von intravenösen Arzneimitteln, wie Insulin oder Implantaten, nutzen das hellblaue Blut des Pfeilschwanzkrebses seit den 70er Jahren als Alternative zum Kaninchentest. Im sogenannten Limulus-Amöbozyten-Aktivierungstest (LAL) soll er Endotoxine nachweisen. Dies sind beispielsweise Zerfallsprodukte von Bakterien, die immunologische Reaktionen beim Menschen auslösen können. Der Test beruht auf einem Enzym aus den Blutzellen, das bei Präsenz von Endotoxinen die Farbe ändert. Der LAL-Test ist aus ethischen und wissenschaftlichen Gründen abzulehnen. Zum einen kann er nur bestimmte Bakterien und Blaualgen nachweisen. Zum anderen leiden und sterben für den Test Tausende von

Pfeilschwanzkrebsen, obwohl es längst eine tierleidfreie Alternative gibt.

## Blutentnahme aus dem Herzen

Allein 2015 wurden 500.000 Pfeilschwanzkrebse während ihrer Paarungszeit gefangen. Mit einer Kanüle wird ihnen ins Herz gestochen, um ein Drittel ihres Blutes zu entnehmen. Danach werden sie zurück ins Meer gebracht. Welchen Schaden sie durch die Blutentnahme erleiden, ist unbekannt. Man geht jedoch davon aus, dass mindestens 10 bis 30 Prozent der Tiere während des Transports oder der Blutentnahme sterben.

## Tierfreie Methoden werden nicht angewendet

Dabei wäre die leidvolle Prozedur vermeidbar, denn das gewünschte Blutprotein kann längst künstlich mithilfe von Mikroorganismen hergestellt werden. In Europa ist das Verfahren seit 2015 unter dem Namen Rekombinanter Faktor C anerkannt. Das Problem: Es zählt nur als Alternative zum LAL-Test und nicht als Ersatz. Auch der Monozyten-Aktivierungstest auf Basis menschlicher Blutzellen, der gerade als Ersatz

des Kaninchen-Tests verpflichtend wurde, ist als Alternative für den LAL-Test geeignet. Er ist leistungsfähiger und kann deutlich mehr fieberauslösende Substanzen nachweisen. Wieso also wurde der umstrittene LAL-Test nicht längst gestrichen?

## Tests an Krebsblut beenden

Zum einen dauert die Anerkennung der tierfreien Methoden noch immer viel zu lange. Beim Kaninchentest hat die Anerkennung des Verfahrens mit menschlichem Blut 30 Jahre gedauert. Hinzu kommt, dass der LAL-Test seit über 40 Jahren als sogenannter Goldstandard gilt. Ohne Druck von Tier- und Artenschutzorganisationen und der Industrie wird der Blutraub beim Pfeilschwanzkrebs weitergehen. Der Bundesverband unterstützt deswegen die Online-Petition des Vereins Ärzte gegen Tierversuche, die die Streichung des LAL-Tests aus dem Arzneibuch fordert.

*Dr. Christiane Hohensee*

Pfeilschwanzkrebse gelten als „lebende Fossilien“ und sind teilweise vom Aussterben bedroht.

Foto links: Pixabay/k135  
Foto rechts: Pixabay/pexels



[www.aerzte-gegen-tierversuche.de](http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de)  
> Helfen > Kampagnen > Qualen in der Blutfabrik



# Wir brauchen neue Ansätze!

*Um die Entwicklung tierversuchsfreier Verfahren zu beschleunigen, setzt das Bundesforschungsministerium auf die Förderung neuer Methoden und den Dialog der Beteiligten. Doch das reicht nicht. Was fehlt, ist die gezielte Entwicklung fehlender Verfahren und deren konsequente Förderung bis zur Anwendung. Bei dem Anfang Oktober stattgefundenen ersten Präsenztreffen des Bundesnetzwerks 3R griff der Bundesverband deswegen ein vielversprechendes Konzept aus Frankreich auf, das ein Verstärker für die Anerkennung neuer Verfahren sein könnte.*

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) initiierte Bundesnetzwerk 3R sieht seine Hauptaufgabe darin, den inter- und transdisziplinären Dialog zwischen Wissenschaft, Industrie, Verwaltung sowie Interessensverbänden zu fördern. Auf dem ersten Präsenztreffen des Netzwerks am 5. und 6. Oktober 2023 berichtete der parlamentarische Staatssekretär Dr. Mario Brandenburg (FDP), dass seit 43 Jahren insgesamt 220 Millionen Euro in mehr als 680 Methoden zum Ersatz, zur Reduktion oder zur Verfeinerung von Tierversuchen geflossen seien. Doch reicht das aus? Die Antwort lautet: nein. 220 Millionen Euro klingen zwar nach einer beeindruckenden Summe. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer der Großteil der Forschungsförderung in die tierexperimentelle Forschung fließt. Die Folgen: Im Jahr 2021 starben in Deutschland über fünf Millionen Tiere im Rahmen von Tierversuchen und es fehlen noch immer viele praxisreife tierversuchsfreie Verfahren.

## Reduktionsstrategie dringend nötig

Das Problem: Bislang wurden staatliche Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip vergeben. Was bisher fehlte, war die gezielte Entwicklung fehlender Verfahren und deren konsequente und auskömmliche Förderung bis zur Anwendung. Genau deswegen ist die im Koalitionsvertrag angekündigte Reduktionsstrategie dringend nötig. Eine Strategie sorgt dafür, dass systematisch festgelegt wird, welche tierversuchsfreien Verfahren nötig sind und wer für ihre Entwicklung bis zur Praxisreife verantwortlich ist.

## Staat in der Verantwortung

Stichwort Verantwortung: Auf dem Netzwerktreffen wurde geäußert, dass die Bundesregierung vor allem die Industrie in der Pflicht sähe, die Entwicklung neuer Methoden zu finanzieren. Dies kann kein Weg sein. Zum einen fehlt es der Industrie an einem systematischen Gesamtansatz, zum anderen ist es wahrscheinlich, dass privatwirtschaftlich entwickelte Methoden für andere Firmen nicht zugänglich oder mit hohen Patentkosten verbunden sind. Dieser Ausschluss der „Öffentlichkeit“ verzögert sogar die Anerkennung und damit den tatsächlichen Ersatz von Tierversuchen. Deswegen muss unbedingt vermieden werden, dass der Staat die Verantwortung für die Entwicklung neuer Verfahren an die Industrie abschiebt.

## Partnerschaftskonzept aufgreifen

Ein entscheidender Verstärker für die Anerkennung neuer Verfahren könnte stattdessen ein Konzept aus Frankreich sein, das ebenfalls im Rahmen des Treffens diskutiert wurde. Die 2021 gegründete Private-Public-Partnership-Plattform PEPPER organisiert und finanziert die Prä-Validierung spezieller tierfreier Tests auf Hormonwirksamkeit. Die Plattform stellt die Qualität der Verfahren sicher und erbringt die geforderten Nachweise für die internationalen Behörden. Die Förderung von drei Millionen Euro tragen Staat und Industrie je zur Hälfte. Der Bundesverband schlug im Rahmen des Treffens vor, diesen zielführenden Ansatz auch in Deutschland aufzugreifen. Sinnvoll wäre beispielsweise, sich auf den Ersatz



Dr. Christiane Hohensee vom Bundesverband schlägt vor, den Ansatz einer Private-Public-Partnership-Plattform auch in Deutschland aufzugreifen.

Foto: BMBF

von Tierversuchen in der Reproduktionstoxikologie zu konzentrieren, da in diesem Bereich sehr viele Tiere eingesetzt werden.

## Nötig: Entwicklung bis zur Praxisreife

Der Staat ist gemeinsam mit der Industrie für die systematische Entwicklung der fehlenden Verfahren und deren konsequente Förderung bis zur Anwendung verantwortlich. Der beste Weg, damit tierversuchsfreie Verfahren es schnell in die praktische Anwendung schaffen, sind leistungsfähige Partnerschaftskonzepte. Der Staat darf sich hier nicht aus der Verantwortung stellen und die Entwicklung an die Industrie abschieben. Stattdessen sollten sich Staat und Industrie die Finanzierung aufteilen. Die angekündigte Reduktionsstrategie muss jetzt dazu genutzt werden, dass beide gemeinsam die systematische Entwicklung der fehlenden Verfahren und deren konsequente Förderung bis zur Anwendung angehen. Unsere französischen Nachbarn zeigen uns, dass dies möglich ist.

Dr. Christiane Hohensee  
Aslihan Cetin



# Meeresschutz mit Messer und Gabel

*Der Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, zweimal die Woche Fisch und damit ausreichend Omega-3-Fettsäuren zu sich zu nehmen, folgen viele Menschen. Leider, muss man sagen, denn die Fischbestände schwinden – trotz aller Management-Maßnahmen – dramatisch. Dies und das Leid der gefangenen und gezüchteten Meerestiere erfordert eine Wende beim Konsum. Mikroalgenöle und pflanzliche Fischalternativen machen es möglich. In Zukunft wird zudem künstlich erzeugter Fisch der Überfischung entgegenwirken.*



Trotz Managementmaßnahmen schwinden die Fischbestände. Foto: Pixabay/27707

Der Anteil der stabilen Wildfischbestände sinkt trotz aller „Management-Maßnahmen“ seit 1974 kontinuierlich. Allein 2020 wurden 78,8 Millionen Tonnen Fisch aus dem Meer gezogen. Mit High-Tech-Fangtechniken wie Sonartechnologie fischen kommerzielle Fangflotten heute gezielt ganze Schwärme ab.

## Nachhaltige Fischerei

Politik und Fischereibehörden versuchen der dramatischen Überfischung mit Siegeln, Fangquoten und nachhaltigeren Fangmethoden entgegenzuwirken. Doch die kontinuierlich sinkenden Bestände zeigen, dass selbst fundiert ausgearbeitete Managementpläne und Fangquoten gegen den illegalen Fischfang und die Veränderungen der Ökosysteme durch den Klimawandel wenig ausrichten. Ein Beispiel für ein gescheitertes nachhaltiges Management ist der neufundländische Kabeljau: Nach einer kurzen scheinbaren Erholung brach der Kabeljaubestand Anfang der 1990er Jahre komplett zusammen und hat sich bis heute nicht erholt.

## Aquakultur verschärft Überfischung

Um die Rückgänge der Fischbestände zu kompensieren, steigen seit Jahren die Produktionsmengen aus der sogenannten Aquakultur. Laut FAO kamen 2020 87,5 Millionen Tonnen Fisch und sogenannte Meeresfrüchte aus der Zucht. Doch die Zuwächse bringen keine Entlastung für die Wildfischbestände – im Gegenteil. Die Aquakultur verschärft die Überfischung. Denn rund ein Drittel der gefangenen Fische wird zu Tierfutter aus Fischöl und Fischmehl verarbeitet, vorrangig für die Aquakultur.

## Massentierhaltung unter Wasser

Hinzu kommt, dass die Fischproduktion im industriellen Maßstab nichts anderes ist als Massentierhaltung unter Wasser. Dazu werden mittlerweile fast alle Fischarten sowie Garnelen, Muscheln und andere sogenannte „Meeresfrüchte“ in Zuchttanks, Netzgehegen oder im offenen Meer gehalten. Wie in der industriellen Tierhaltung an Land werden die Meerestiere mit

hohen Besatzdichten in möglichst kurzer Zeit gemästet. Auch die Folgen sind vergleichbar: Stress, Verhaltensstörungen, Verletzungen und Infektionskrankheiten. Die eingesetzten Antibiotika und Pestizide belasten die Ökosysteme zusätzlich und fördern die Entwicklung von gefährlichen Resistenzen.

## Warum Omega-3?

Das Hauptargument für den Fischkonsum sind, neben dem Geschmack, die sogenannten Omega-3-Fettsäuren, chemisch DHA (Docosahexaensäure) und EPA (Eicosapentaensäure), die unter anderem entzündungshemmend und gerinnungsfördernd wirken. Der menschliche Körper ist auf die Zufuhr dieser essenziellen Fettsäuren angewiesen, da er sie selbst nicht herstellen kann. Die deutsche Gesellschaft für Ernährung DGE empfiehlt deswegen eine tägliche Aufnahme von jeweils 250 Milligramm pro Tag. Fische nehmen diese Fettsäuren über Algen, insbesondere über die Mikroalgen Ulkenia und Schizochytrium, auf. In der marinen Nahrungskette werden die Fettsäuren angereichert und stehen dem menschlichen Organismus durch den Konsum von Fisch in verwertbarer Form zur Verfügung. Allerdings sammeln sich gerade in den begehrten Fischarten Lachs und Thunfisch auf die gleiche Weise auch Umweltgifte wie Quecksilber an.

## Ist „Clean Fish“ die Lösung?

Um vor dem Hintergrund schwindender Fischbestände die Versorgung mit Omega-3-Fettsäuren in Zukunft zu sichern, forschen Unternehmen und Wissenschaftler:innen derzeit intensiv

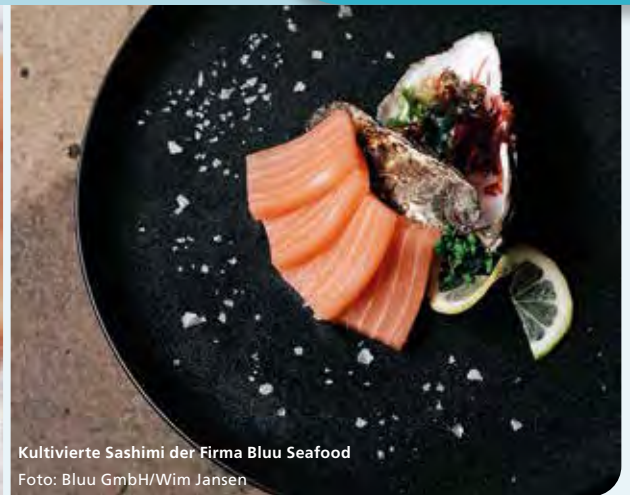
Die zellbasierte Erzeugung von Fischlebensmitteln wirkt der Überfischung der Gewässer und der Anreicherung von Umweltgiften in Fischlebensmitteln entgegen.

Wissenschaftler:innen des Verbundprojektes der Universität Vechta, des Berliner Nahrungsmittel-Startups Bluu Seafood und der Hochschule Reutlingen.



Beim sogenannten „Clean Fish“ werden Fischzellen in einem Fermenter vermehrt.

Foto: istockphoto/Firn



Kultivierte Sashimi der Firma Bluu Seafood

Foto: Bluu GmbH/Wim Jansen

an der Entwicklung des sogenannten „Clean Fish“. Hierbei werden Fischzellen, beispielsweise von Lachs und Thunfisch, entnommen, isoliert und in einem Fermenter vermehrt. Die so erzeugte Zellbiomasse kann nach der Ernte zu Produkten wie Fischstäbchen oder zukünftig Fischfilets verarbeitet werden. Da die Biopsie bei Fischen eine zu große Wunde verursacht, werden die Tiere derzeit noch nach der Zellentnahme getötet. Um die Fische zukünftig am Leben lassen zu können, arbeiten Forscher:innen an schonenderen Probenentnahmen aus den Schwanzflossen.

### Zellulärer Fisch statt Überfischung

Wohlschmeckende, künstlich erzeugte Fischlebensmittel mit gesunden Fisch-Fettzellen für die menschliche Ernährung nutzbar zu machen und damit neue Optionen für eine globale Ernährungssicherheit zu erschließen – daran arbeitet aktuell ein Verbundprojekt der Universität Vechta, des Berliner Nahrungsmittel-Startups Bluu Seafood und der Hochschule Reutlingen. Nach Auskunft der Wissenschaftler:innen ermöglicht die zellbasierte Erzeugung von Fischlebensmitteln einen nachhaltigen und gesunden Fischkonsum. Konkret wirke zellbasierter Fisch der Überfischung von Gewässern und der Anreicherung von Umweltgiften in Fischlebensmitteln entgegen. Gleichzeitig seien die alternativ erzeugten Produkte im Hinblick auf Geschmack, Textur und Aussehen mit den heute bekannten Produkten nahezu identisch. Im Fokus der Forschungen stehen Fettzellen lachsartiger Fische als Basis für protein- und omega-3-haltige Lebensmittel.

### Potenzieller Omega-3-Lieferant

Auch das Thünen-Institut forscht derzeit an der Frage, ob künstlich erzeugter Fisch zukünftig ausreichend Omega-3-Fettsäuren liefern kann. Aus einem vorab veröffentlichten Kurzreport geht hervor, dass Clean Fish-Produkte derzeit noch keine nennenswerten Mengen liefern. Das Institut sieht jedoch in Zukunft viel Potenzial bei künstlich erzeugtem Fisch, um uns mit den wichtigen Fettsäuren zu versorgen. Eindeutig positiv bewerten die Wissenschaftler:innen die Tatsache, dass zellulärer Fisch nahezu schadstofffrei ist.

### Gute Quelle: Mikroalgenöle

Da künstlich erzeugter Fisch noch nicht verfügbar ist, stellt sich die Frage, wie der Körper jenseits des Fisch-Konsums ausreichend mit Omega-3-Fettsäuren versorgt werden kann. Denn auch bei einer gesunden pflanzenbasierten Ernährung ist die Aufnahme einer ausreichenden Menge schwierig. Lebensmittel wie Leinsamen, Walnüsse und Rapsöl enthalten zwar eine Vorstufe, die sogenannte Alpha-Linolensäure

(ALA). Diese wird im Körper zu DHA beziehungsweise EPA umgewandelt, allerdings mit einer sehr geringen Effizienzrate von 5 bis 10 Prozent. Die Lösung ist Mikroalgenöl. Auch bei einer veganen Ernährung kann der tägliche Bedarf an Omega-3-Fettsäuren gut über Mikroalgenöle gedeckt werden. Diese werden mittlerweile in jedem Drogeriemarkt in Form von Kapseln oder flüssig angeboten.

### Immer mehr pflanzliche „Vischprodukte“

Wer auf den Geschmack von Fisch nicht verzichten will, der kann schon heute zu Fischalternativen auf pflanzlicher Basis greifen. Mittlerweile bieten neben Super- und Biomärkten auch schon Discounter eine Vielzahl von pflanzlichen „Vischprodukten“ an, die Fischsteaks, Räucherlachs, Fischstäbchen und sogar Calamari und Scampi sehr gut nachahmen.

### Meeresschutz durch pflanzliche Ernährung

Die dramatische Situation der Bestände und das Leid der gefangenen und gezüchteten Meerestiere verbietet es, sie weiter gedankenlos zu konsumieren. Aquakultur verschlimmert die Lage zusätzlich. Deswegen sollten Verbraucher:innen statt zu Fisch zu pflanzlichen Alternativen greifen. Mikroalgenöle decken den täglichen Bedarf an Omega-3-Fettsäuren. Die Erzeugung von „Clean Fish“ steht noch ganz am Anfang, könnte aber in Zukunft eine ethische und ökologische Alternative sein.

Dr. Stefanie Schindler

.....  
**Die alternative Erzeugung von Fleisch, Fisch und Milch wird einen immensen Veränderungsdruck in der Agrar- und Ernährungsindustrie auslösen.**  
 .....

Nick Lin-Hi  
 Professor für Wirtschaft  
 und Ethik an der Universität Vechta





Auf dem Messegelände in Bukarest hilft unser Partnerverein Red Panda geflüchteten Ukrainer:innen und ihren Tieren

Foto: Red Panda

## Ukraine: Tiere brauchen weiterhin Hilfe

Nach über anderthalb Jahren Krieg in der Ukraine, ist die Not groß. Unsere rumänische Partnerorganisation Red Panda versorgt Tierheime und Tiereschützer:innen, die sich auf eigene Kosten um Tiere in den Kriegsgebieten kümmern und dafür ihr letztes Geld ausgeben. Dafür sendet unsere Partnerorganisation regelmäßig Transporte mit Tierfutter und Medizin in die Ukraine. Jede Lieferung enthält mindestens zwei Tonnen Futter, was etwa 20.000 Portionen entspricht. Red Panda hat auch eine Hilfsstation auf der Romexpo in Bukarest, dem größten Messegelände Rumäniens, eingerichtet und bietet Geflüchteten Hilfe für ihre Haustiere an. Unsere bisher gesammelten Spenden haben dazu beigetragen, Tausende von Tierleben zu retten. Wir wollen unsere Partnerorganisation weiterhin unterstützen.

Bitte helfen Sie uns dabei und spenden Sie über das Spendenformular (Stichwort Tierschutz Ukraine) auf [tierrechte.de](http://tierrechte.de) oder nutzen Sie unser Spendenkonto. Vielen Dank!



Trophäenjäger:innen schießen noch immer legal Nashörner, obwohl diese zu den bedrohten und geschützten Arten gehören.

Foto: Adobe Stock/Alberto Masnovo

## Gemeinsam gegen die Trophäenjagd

Trophäenjäger:innen schießen noch immer legal Eisbären, Elefanten, Nashörner, Löwen, Leoparden und weitere bedrohte und geschützte Arten im Ausland und führen ihre Trophäen als Souvenir nach Deutschland ein. Nach den USA steht Deutschland weltweit an zweiter Stelle beim Import von Jagdtrophäen. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) genehmigte zwischen 2016 und 2022 über 4.200 Importe. Dabei lehnt die überwiegende Mehrheit der befragten Deutschen (89 Prozent) die Einfuhr von Jagdtrophäen kategorisch ab. Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die den Import reduzieren und „im Einzelfall“ ganz verbieten wollte, ist bisher nicht aktiv geworden. Der Bundesverband unterstützte deswegen einen gemeinsamen Appell an Lemke, der fordert, den Import von Jagdtrophäen bedrohter und geschützter Tierarten nach Deutschland zu verbieten. Der Aufruf wurde fast 80.000-mal auf [change.org](http://change.org) unterzeichnet und wird von 35 bekannten Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft mitgetragen, mit dabei unter anderem Ranga Yogeshwar, Dr. Jane Goodall, Dr. Mark Benecke und die Schauspielerin Maria Furtwängler. Andere EU-Länder, wie die Niederlande, Frankreich und Finnland haben bereits Importverbote für besonders streng geschützte Arten umgesetzt.

## Skandal-Schlachthof: Kontrollmechanismen versagen

Obwohl der Verein "Soko Tierschutz" im Juli mit versteckten Kameras dokumentiert hatte, dass Tiere im Schlachthof Aschaffenburg mit Elektroschockern gequält und bei vollem Bewusstsein zerlegt wurden, darf dort seit September wieder geschlachtet werden. Die zuständige Behörde hatte zwar ein "Tierschutz-System-Audit" durchgeführt und dem Betrieb Auflagen gemacht, dies rechtfertigt jedoch nicht, dem Pächter, der schon mehrfach wegen Tierschutz-Verstößen aufgefallen war, den Weiterbetrieb zu erlauben, zumal die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen eine zweistellige Anzahl an Personen noch andauern. Dieser Fall zeigt, dass Tierschutzvergehen effektiv verfolgt und hart bestraft werden müssen. Bitte unterzeichnen Sie dazu die Petition des Bundesverbandes „Schluss mit der Straflosigkeit bei Tierquälerei!“ auf [change.org](http://change.org).

## Unverhältnismäßig: Wolfs-Abschuss soll erleichtert werden

Die EU-Kommission hat im September angekündigt, dass der strenge Schutz von Wölfen im EU-Recht gelockert werden könnte. Als Hauptgrund werden Beschwerden von Schaf- und anderen Weidetierhaltern wegen der Gefahr von Wolfstößen angeführt. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat ebenfalls angekündigt, den Prozess für die Abschussgenehmigung von Wölfen erleichtern zu wollen. Dies soll in bestimmten Regionen greifen, wenn ein Weidetier gerissen und Schutzvorkehrungen überwunden wurden. Per Ausnahmegenehmigung soll dann 21 Tage lang auf einen Wolf geschossen werden dürfen, ohne dass erst eine DNA-Analyse abgewartet werden muss. Aus Sicht des Bundesverbandes ist die Wolfs-Diskussion unverhältnismäßig. Natürlich muss vermieden werden, dass wehrlose Weidetiere gerissen werden. Dies ist möglich und liegt in der Verant-



## LESE-TIPP:

## Magrits Kolumne

Jeden Monat nimmt sich die ehemalige Redakteurin Margrit Vollertsen-Diewerge ein Tierschutzthema für ihre Kolumne vor. Zu lesen sind die mittlerweile 60 Texte auf der Webseite des Bundesverbandes. In ihren kurzen lesenswerten Meinungsbeiträgen geißelt Vollertsen-Diewerge die ganze Bandbreite der Tierausbeutung, vom Tierversuch, über die Jagd bis zur Stopfmast von Gänsen.

Sie lesen die Kolumnen unter [tierrechte.de](http://tierrechte.de) > **Magrits Kolumne**

wortung der Halter:innen. Insgesamt betrifft dies etwa 4.000 Tiere jährlich in Deutschland. Bedenkt man, dass gleichzeitig jedes Jahr über 150 Millionen Tiere noch vor Erreichen des Schlachthofes an den Haltungsbedingungen verenden, wird deutlich, wie verzerrt die Diskussion ist. Fazit: Statt sich um die millionenfachen Tierschutzverstöße in der sogenannten Nutztierhaltung zu kümmern, werfen Parteien und Verbände lieber den Wolf der Öffentlichkeit zum Fraß vor.

### Pelztierhaltung: 20 EU-Länder leiten Ausstieg ein

Dass die EU-Bürger:innen ein Ende der grausamen Pelztierhaltung wollen, belegen die 1,5 Millionen Unterschriften für die EU-Bürger:innen-Initiative „Fur Free Europe“. Litauen wurde jetzt aktiv: Das Parlament in Vilnius stimmte



Der Bundesverband nimmt regelmäßig an Mahnwachen gegen Tiertransporte teil.

Foto: Tobias Trummpp

im September für ein Verbot der Zucht, Haltung und Tötung von Tieren mit dem alleinigen Ziel, Pelze zu gewinnen. Damit ist Litauen das 20. EU-Land, das den Ausstieg aus der Pelztierhaltung einleitet. Wie überfällig ein solches Verbot ist, zeigte sich diesem Sommer in Finnland, als sich das Vogelgrippevirus dort auf Pelztierfarmen ausbreitete. Daraufhin ordneten die Behörden Massentötungen von schätzungsweise 30.000 Nerzen und 40.000 Füchsen an. Der Bundesverband setzt sich im Rahmen der Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften für ein Verbot sowohl der Produktion als auch des Verkaufs von Zuchtpelz ein.

### Vogelgrippe befeuert Artensterben

Das aus der Massentierhaltung stammende Vogelgrippevirus breitet sich immer weiter aus und befällt immer mehr Tierarten. Zuletzt brach es in Südamerika aus, das bislang von der Vogelgrippe

verschont geblieben war, und infizierte Pelikane, Pinguine, Meeresotter, Robben und Meeressäuger. Experten befürchten, dass das Massensterben zu einem Verlust der Artenvielfalt und einer Störung des ökologischen Gleichgewichts insgesamt führen könnte.

### Aktiv gegen Tiertransporte

Um auf die grausamen Tiertransporte in Drittländer aufmerksam zu machen, nimmt der Bundesverband regelmäßig an Mahnwachen des Tierschutznetzwerks „Kräfte Bündeln“ vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium teil. Am 18. Oktober besuchten die Bundestierschutzbeauftragte Ariane Kari sowie die Berliner Landestierschutzbeauftragte Kathrin Herrmann die Demonstrant:innen. Beide sagten zu, sich dafür einzusetzen, dass die leidvollen Transporte verboten werden. Eine Chance dazu eröffnet sich im Dezember, wenn die EU die Transportverordnung überarbeitet.

### Stadtauben: Anzeige erstattet

Wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz erstattete Menschen für Tierrechte im September Strafanzeige gegen die Deutsche Bahn. Bei Baumaßnahmen am Münchener Ostbahnhof waren Tauben hinter einer Deckenverkleidung eingeschlossen worden, obwohl offensichtlich war, dass sich dort eine große Zahl lebender Tiere befand. Nur wenige konnten lebend geborgen werden. Da noch weitere Tiere hinter der Deckenverkleidung vermutet wurden, forderte das Veterinäramt die Bahn auf, schnell zu handeln. Es dauerte jedoch mehrere Tage, bis weitere Bereiche geöffnet wurden. Daraufhin erstattete der Bundesverband Strafanzeige.

## Einladung zur Jahreshauptversammlung 2024

Liebe Mitglieder,  
wir laden Sie herzlich ein zur Jahreshauptversammlung von **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.** Sie findet statt am

**Sonntag, den 28. April 2024 von 15 bis ca. 18 Uhr**

#### Tagesordnung:

- |   |  |
|---|--|
| 1. Begrüßung und Formalia                     | 4. Entlastung des Vorstands            |
| 2. Bericht des Vorstands                      | 5. Satzungsänderungen (§ 8 Vorstand)   |
| 3. Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer | 6. Perspektiven der zukünftigen Arbeit |
|   | 7. Verschiedenes                       |

Die Versammlung wird als Videokonferenz stattfinden. Es ist auch möglich, telefonisch teilzunehmen. Für die Teilnahme bitten wir bis zum 19. April 2024 um Anmeldung in unserer Geschäftsstelle.

Bitte melden Sie sich dazu telefonisch oder per E-Mail bei Judith Reinartz: E-Mail: [reinartz@tierrechte.de](mailto:reinartz@tierrechte.de), Tel: 02252 83 01 210, Fax: 02252 83 01 211. Unsere Geschäftsführerin steht Ihnen für alle Fragen rund um die Jahreshauptversammlung zur Verfügung.

Hiermit bestelle ich bei **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.**  
Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich  
Tel. 02252 - 830 12 10 | Fax 02252 - 830 12 11

- auf Rechnung (nur für Fördermitglieder und Mitgliedsvereine)
- per Bankeinzugsverfahren (Versand erst nach Eingang des Betrages aus dem Lastschriftinzug) **Preisangaben zzgl. Versand und Porto** (nach Aufwand)

**Flug- & Faltblätter**

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“  
**Flugblatt**, 2-seitig, DIN A5, 4-farbig,  
100 Stück à € 2,00
- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“  
**Unterschriftenliste**, DIN A4, bis zu 10 Stück sind  
die Unterschriften-Listen kostenlos
- Klimawandel: Wir brauchen eine  
Agrar- und Ernährungswende**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zoo: Leben hinter Gittern**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Zirkus: „Zauber der Manege“?  
Ja, aber nicht mit Tieren**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Tierverbrauch im Studium?**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Schluss mit Tierversuchen**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50
- Stadttauben – Geburtenkontrolle  
für friedliche Nachbarschaft**  
2-seitig, DIN A5, 4-farbig, 100 Stück à € 3,50

**Filme**

- „Hühnermast – Ein Blick hinter die  
Kulissen“  
**DVD**, Stück à € 7,00, 6 Min., Filmaufnahmen  
aus deutschen Mastställen, die die  
tierquälereische Hühnermast belegen.
- „Stadttaubenmanagement“  
**DVD**, Stück à € 5,00, 22 Min., Film zur Umsetzung  
des Stadttaubenkonzeptes
- „Ratgeber Praxis  
Stadttaubenmanagement“  
**DVD**, Stück à € 7,50, 45 Min.,  
einzeln anklickbare Kapitel zur prakt. Umsetzung  
des Stadttaubenkonzeptes
- „Der Zirkus kommt“  
**DVD**, Stück à € 5,00, 6 Min.,  
Film über die Realität hinter den  
glänzenden Fassaden der Tierdressur.

**Poster | Karten | Aufkleber**

- „Ausstieg aus dem Tierversuch. JETZT!“  
**Poster**, 1,00 €
- „Ich weiß, was Ihr Pelz gekostet hat“  
**Wendekarte**, 50 x 90 mm, 2-seitig;  
50 Stk. à € 1,00
- „Tiere haben Rechte“  
**Aufkleber**, DIN A6, Stück à € 0,50, 4-farbig,  
outdoor-geeignet
- Motiv Affe
- Motiv Katze
- Motiv Schweine
- Motiv Kühe
- Motiv Tauben
- Aufkleber DIN A7**  
Farbig, auf veganer Haftfolie;  
Stück à € 0,50 zzgl. Versandkosten
- „mod. Forschung ohne Tierversuche“
- „Lebe vegan“ Motiv Kälbchen
- „Lebe vegan“ Motiv Ferkel
- Briefaufkleber, versch. Motive**  
2- bis 4-farbig, Papier selbstkl., 54mm x 32mm;  
Päckchen (Inhalt 30 Stück) à € 1,50
- Motive Forschung ohne Tierversuche
- Motiv Leben Sie vegan
- Motiv Zoo & Zirkus ohne uns
- „Jedes Leben ist ein Wunder“  
**Aufkleber**, rund, 8 cm, 4-farbig, Stück à € 0,50
- Motiv (Vier Tiere)
- Motiv Huhn
- Motiv Schwein
- Motiv Kuh
- Motiv Schaf
- Magnetschild**, rund, 8 cm, 4-farbig;  
Stück à € 1,50

**Broschüren**

- Stadttauben**  
DIN A5, Stück à € 0,20, Edition 2015, 4-farbig
- Handbuch Stadttaubenmanagement**  
DIN A4, Stück à € 1,00, Edition 2021, 4-farbig,  
32 Seiten
- Tierversuche haben keine Zukunft**  
DIN A5, Stück à € 0,25, Edition 2022, 4-farbig
- Ein Testament für die Tiere**  
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos



**Broschüre  
„Ein Testament  
für die Tiere“**

Das Ende des eigenen Lebens ist für viele ein Tabuthema. Dazu gehört auch das Abfassen eines Testaments. Dennoch ist es ein wichtiges Thema, wenn man selbst entscheiden will, was mit dem Nachlass geschehen und ob er zum Beispiel zum Wohle der Tiere verwendet werden soll. Mit unserer neuen Broschüre „Tieren helfen – über das eigene Leben hinaus“ möchten wir Ihnen aufzeigen, was Sie beachten sollten, damit Ihr letzter Wille erfüllt wird. Die 20-seitige Broschüre enthält Mustertexte sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen und ist liebevoll illustriert mit Tierfotos, die auf unseren Lebenshöfen entstanden. Sie können die Broschüre kostenlos in unserer Geschäftsstelle bestellen. Auf Wunsch stehen wir Ihnen gerne für eine persönliche Beratung zur Verfügung.  
DIN A5, 4-farbig, Edition 2022, kostenlos

**Aufkleber und Magnet  
„Jedes Leben ist ein Wunder“**

Diese charmanten Aufkleber gibt es mit fünf Motiven für je € 0,50. Das Magnetschild gibt es mit dem Motiv „Vier Tiere“ für € 1,50.



**Absender**

Name

Straße

PLZ/Ort

Vorwahl/Telefon  Vorwahl/ Fax

**Bankverbindung**

IBAN

Geldinstitut

Kontoinhaber/in

Datum, Unterschrift

# Ja

Bitte einsenden an:

**Menschen für Tierrechte**  
**Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.**  
 Severinusstr. 52  
 53909 Zülpich

Ich möchte die Arbeit der **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.** unterstützen und Fördermitglied werden. Ich erhalte regelmäßig das Magazin **tierrechte** sowie weitere aktuelle Informationen.

**Mein Beitrag beträgt** (wiederkehrende Zahlung, Entsprechendes bitte ankreuzen/Wunschbeitrag eintragen)

- 48,- Euro jährlich
- 60,- Euro jährlich
- 100,- Euro jährlich
- \_\_\_\_\_ Euro jährlich  
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 48,- Euro)
- \_\_\_\_\_ Euro monatlich  
(Beitrag frei wählbar, nicht unter 4,- Euro)

\_\_\_\_ . **2 0** \_\_\_\_

Hier bitte den Monat für die gewünschte Erstbelastung Ihres Kontos angeben. Die Belastung erfolgt zum 15. des angegebenen Monats.

Ich möchte den „Newsletter Tierrechte“ per E-Mail zweimal monatlich und kostenfrei an nebenstehende Adresse erhalten.

Vor- und Nachname  
 \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnummer  
 \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort  
 \_\_\_\_\_  
 Telefon, Fax  
 \_\_\_\_\_  
 E-Mail  
 \_\_\_\_\_  
 Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Beruf (optional) \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_  
**Beiträge und Spenden sind steuerlich abzugsfähig.**

**SEPA-Lastschrift-Mandat**

**Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.**  
 Severinusstr. 52 | 53909 Zülpich  
 Gläubiger-Identifikationsnummer: DE81ZZZ00000127618  
 Mandatsreferenz: (wird vom Verein vergeben)

Ich ermächtige **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.**, Beitragszahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von **Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.** auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

**Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vor- und Nachname Kontoinhaber  
 \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnummer  
 \_\_\_\_\_  
 PLZ, Ort  
 \_\_\_\_\_  
 IBAN (22 Stellen)  
 \_\_\_\_\_  
 BIC (8 oder 11 Stellen)  
 \_\_\_\_\_  
 Ort, Datum, Unterschrift Kontoinhaber \_\_\_\_\_

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts \_\_\_\_\_ BIC \_\_\_\_\_

**Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)  
**Bundesverb. der Tierversuchgegner e.V.**  
 IBAN  
**DE02390500000016007973**  
 BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)  
**AACSDE33**

Bei Beträgen bis 200,00 Euro gilt der abgestempelte Beleg als Spendenquittung.

**Menschen für Tierrechte**  
 Bundesverband der Tierversuchgegner e. V.  
 Betrag: Euro, Cent \_\_\_\_\_

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen) \_\_\_\_\_ ggf. Stichwort \_\_\_\_\_

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen) \_\_\_\_\_

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN \_\_\_\_\_ Prüfnr. Bankleitzahl des Kontoinhabers \_\_\_\_\_ Kontonummer (rechtsbündig u. ggf. mit Nullen auffüllen) \_\_\_\_\_ 06

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift(en) \_\_\_\_\_

**Beleg/Quittung für den Kontoinhaber**

Zahlungsempfänger  
 Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchgegner e.V.  
 Geschäftsstelle Severinusstr.52  
 53909 Zülpich

IBAN  
 DE02 3905 0000 0016 0079 73

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters  
 AACSDE33

Euro, Cent \_\_\_\_\_

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders \_\_\_\_\_

Kontoinhaber/Zahler: Name \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

**SPENDE**



### Spenden bitte an:

Bundesverband der  
Tierversuchsgegner e. V.  
Sparkasse Aachen

IBAN: DE02 3905 0000 0016 007973  
BIC: AACSD33

## Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e. V.

### Geschäftsstelle

Tel. 02252 - 830 12 10  
Fax 02252 - 830 12 11  
info@tierrechte.de  
www.tierrechte.de

### Geschäftsführung

RA Judith Reinartz  
Tel. 02252 - 830 12 10  
reinartz@tierrechte.de

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und industrielle Tierhaltung

Christina Ledermann (M.A.)  
Tel. 0179 - 450 46 80  
ledermann@tierrechte.de

### Mitgliederbetreuung

Aslihan Cetin  
Tel. 030 - 446 30 00 | cetin@tierrechte.de

### Projekt InVitroJobs

Dr. rer. nat. Christiane Hohensee  
(M. Sc. Toxikologie)  
Tel. 030 - 53 02 63 77 | info@invitrojobs.de

### Projekt SATIS – für eine humane Ausbildung ohne Tierversuch

satis@tierrechte.de

### Projekt „Ausstieg aus der Tierhaltung“ und tierversuchsfreie Methoden

Dr. vet. med. Dr. rer. nat. Stefanie Schindler  
schindler@tierrechte.de

### Projekt Stadttauben

Steffanie Richter (M.A.)  
stadttauben@tierrechte.de

### Spendenbestätigung:

Dieser Zahlungsbeleg gilt bis Euro 300,00 als Spendenbescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt.

Der Empfänger ist gemäß Freistellungsbescheid des Finanzamtes Euskirchen vom 25.03.2022, Steuer-Nummer 209/5727/0982, als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt und nach §5 Absatz 1 Ziffer 9 KStG von der Körperschaftsteuer befreit.